

med.dent. magazin

... der Wegbegleiter
vom Studienanfänger
zum Praxisgründer

Aktuell

Inhalt

Medizinklimaindex Frühjahr 2009

Wirtschaftliche Erwartung der Ärzte drastisch verschlechtert

Die Ärzte in Deutschland bewerten ihre wirtschaftliche Lage und die Perspektive für die kommenden sechs Monate noch ungünstiger als vor einem halben Jahr. Das ergibt der Medizinklimaindex (MKI) Frühjahr 2009.

Ihre aktuelle wirtschaftliche Lage schätzen 44,2 Prozent der niedergelassenen Ärzte, Zahnärzte und Psychologischen Psychotherapeuten insgesamt als zufriedenstellend ein, 38,4 Prozent als schlecht und 18,4 Prozent als gut. Ihre wirtschaftliche Perspektive in den kommenden sechs Monaten dagegen bewerten 63,3 Prozent als ungünstiger und lediglich 9,8 Prozent als günstiger.

Quelle: <http://www.stiftung-gesundheit.de>

- Einheitsversicherung geht zu Lasten der Patienten
- 100 Tage Gesundheitsfonds
- Deutsche vertrauen Feuerwehrleuten und Piloten
- PKV hat weniger Zugang
- Gesundheitspolitik: Planlos in die Zukunft
- Kassenpatienten sollen mehr selbst zahlen
- Krankenkassen-Vorstand bekommt 273.000 Euro plus Dienstwagen
- Politbarometer der Hamburger Zahnärzte
- Gesundheitsausgaben 2007 um knapp 8 Milliarden Euro gestiegen
- Auch Freiberufler können Kurzarbeit beantragen
- proDente würdigt regionale und lokale Initiativen
- Gewinnen mit „Zuwendung“ - Fotowettbewerb zum Deutschen Zahnärztetag 2009
- Kindererziehungszeiten für Versorgungswerkmitglieder
- Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
- Parodontitis und Herzinfarkt
- Hydroxylapatit kann Zahnschmelz reparieren
- Symposium: Finanzschwache Patienten und Praxen unter Druck
- Nicht so oft die Hände waschen!
- Das effektive Training für Qualitätssicherung in der Praxishygiene
- Analyse der Situation deutscher Studienanfänger
- Der europäische Durchschnittsstudent
- Bio erobert Deutschlands Hochschulmensen
- "Lob ist Mangelware!"
- Warum Lügen lebensnotwendig sind
- Umfrage: BMW-Fahrer sind sexier als Käfer-Fahrer
- Weise werden
- Zahntransplantation
- "Zum Dichter wird man geboren, zum Redner wird man gemacht" (Cicero)
- IMPRESSUM

Einheitsversicherung geht zu Lasten der Patienten

Ergänzend zur gesetzlichen Krankenversicherung bedarf es auch künftig einer starken privaten Krankenversicherung, fordern gemeinsam Bundesärztekammer und der Verband der Privatärztlichen Verrechnungsstellen e.V. (PVS/Verband).

„Der im internationalen Vergleich hohe Standard der medizinischen Versorgung ist eng verbunden mit dem Erfolgsmodell des gegliederten Krankenversicherungssystems. Wir brauchen auch weiterhin eine starke private Vollversicherung, die bei der Integration medizinischer Innovationen vorangeht und den Unterschied zwischen guter und rationierter Medizin deutlich macht“, sagte San.-Rat Dr. Franz Gadowski, Vorsitzender des Ausschusses „Gebührenordnung“ der Bundesärztekammer, zum Auftakt des Workshops „Weiterentwicklung der privaten Krankenversicherung“, den die Bundesärztekammer und der PVS/Verband heute in Berlin veranstalten.

Durch das deutsche Zwei-Säulen-System habe man bisher die Nachteile staatlicher Gesundheitssysteme mit langen Wartelisten, Einschränkungen der Patientensouveränität und die Entstehung ‚grauer‘ Gesundheitsmärkte verhindern können. „Wer dennoch die Schaffung einer staatlich verordneten Einheitsversicherung zu Lasten der PKV propagiert, nimmt eine Absenkung des Versorgungsniveaus billigend in Kauf - zum Nachteil aller Patienten“, so Gadowski.

„Es bedarf einer mutigen und nachhaltigen Neugestaltung des GKV-Leistungsspektrums im Sinne einer Rückführung auf eine tatsächlich solidarische Grundversorgung“, so Dr. Jochen-Michael Schäfer, Vorsitzender des PVS/Verbandes. „Die Prognosen zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen lassen keinen anderen Lösungsweg zu, als die über die Grundversicherung hinaus reichenden Leistungen in privatrechtlichen Versicherungsverhältnissen abzusichern. Wesentliche Bausteine dazu sind eine Neubestimmung des Verhältnisses von Solidarität und Subsidiarität sowie die Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten.“

Quelle: <http://www.pvs.de>

100 Tage Gesundheitsfonds

Unbekannter Gesundheitsfonds

Ein Großteil der Deutschen weiß auch 100 Tage nach Einführung des Gesundheitsfonds nicht, was es damit auf sich hat. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der BIG - Die Direktrankenkasse. Befragt wurden 1000 Personen ab 18 Jahren.

65 Prozent der Befragten gaben an, sie wüssten nicht, was der Gesundheitsfonds ist. Davon mehr als 80 Prozent junge Menschen unter 30 Jahren. Lediglich acht Prozent derjenigen, die wissen, was der Fonds ist, glauben, dass er dazu beitragen kann, die Finanzprobleme des Gesundheitssystems zu lösen. 90 Prozent bezweifeln das.

Insgesamt 60 Prozent der gesetzlich Versicherten konnten die Frage nach dem aktuellen Beitragssatz ihrer Kasse nicht beantworten: 39 Prozent gaben an, dass sie derzeit für ihre Krankenversicherung den Einheitsbeitragssatz von 15,5 Prozent zahlen. 22 Prozent machten andere Prozentangaben und 38 Prozent konnten keine Angabe machen. Besonders schlecht informiert zeigten sich hier wiederum die jüngeren Befragten.

Ein Großteil der Befragten (76 Prozent) haben nach dem Wegfall der Beitragssatzunterschiede keine Veränderung beim Service ihrer Kasse wahrgenommen. 12 Prozent meinen, dass sich seit dem das Leistungsangebot sogar verschlechtert habe. Immerhin glauben 60 Prozent, dass ihre Kasse trotz höherer Beitragszahlung durch den Versicherten, nicht mehr Geld zur Verfügung hat.

Quelle: <http://www.big-direkt.de>

Deutsche vertrauen Feuerwehrleuten und Piloten

Rangliste

Feuerwehrmänner genießen bei den Deutschen das meiste Vertrauen, gefolgt von Piloten und Krankenschwestern. In der jährlichen Umfrage des Magazins "Reader's Digest" erreichten die Feuerwehrleute erneut den Spitzenplatz. Pfarrer liegen gleichauf mit Taxifahrern. Erstaunlich gut schneiden trotz Bankenkrise noch die Finanzberater ab.

Feuerwehrleute stellen die vertrauenswürdigste Berufsgruppe in Deutschland. 93 Prozent der Bundesbürger haben ein "ziemlich hohes" oder sogar ein „sehr hohes“ Vertrauen in diesen Berufsstand, wie eine repräsentative Umfrage für das Magazin "Reader's Digest" ergab. Den letzten von 18 Plätzen belegen Politiker.

Auf den Plätzen zwei bis fünf in der aktuellen Rangliste landeten Piloten (mit einem Vertrauenswert von 91 Prozent), Krankenschwestern (90 Prozent), Apotheker (86 Prozent) und Ärzte (84 Prozent). Pfarrer liegen gleich auf mit Taxifahrern; Anwälte und Journalisten rangieren dahinter. Den im Zuge der Finanzkrise oft gescholtenen Finanzberatern vertrauen die Menschen immer noch mehr als Fußballspielern.

Die beiden letzten Plätze der Vertrauens-Rangliste belegen Autoverkäufer und Politiker. Nur 7 Prozent der Bundesbürger bringen Politikern ein "sehr hohes" oder „ziemlich hohes“ Vertrauen entgegen. Auch europaweit tragen Politiker mit 7 Prozent die rote Laterne. Damit habe sich der Vertrauenswert der Politiker innerhalb weniger Jahre nahezu halbiert, schrieb "Reader's Digest": Im Jahr 2003 hätten noch 12 Prozent der Bundesbürger hohes Vertrauen in ihre Volksvertreter gehabt.

Die weiteren Plätze der Vertrauens-Rangliste: 6. Polizisten (75 Prozent), 7. Landwirte (70 Prozent), 8. Lehrer (59 Prozent), 9. Richter (58 Prozent), 10. Taxifahrer, Priester und Pfarrer (52 Prozent), 11. Meteorologen (51 Prozent), 12. Anwälte (50 Prozent), 13. Journalisten, Reiseveranstalter (24 Prozent), 14. Finanzberater (19 Prozent), 15. Gewerkschaftsführer (16 Prozent), 16. Fußballspieler (12 Prozent), 17. Autoverkäufer (10 Prozent) und 18. Politiker (7 Prozent).

Ein weiteres Ergebnis der europaweiten Studie: In Osteuropa vertrauen die Menschen den Vertretern von Rechtswesen und Staat deutlich weniger als im Westen. In Rumänien beispielsweise genießen Taxifahrer mit einem Vertrauenswert von 35 Prozent größeres Vertrauen als Anwälte (26 Prozent) und Richter (23 Prozent). In Russland kommt die Polizei gerade einmal auf einen Vertrauenswert von 23 Prozent, deutlich abgeschlagen hinter Meteorologen (31 Prozent), Fußballspielern (55 Prozent) und Taxifahrern (56 Prozent).

Quelle: Readers digest - <http://www.rd.com/>

PKV hat weniger Zugang

Der Netto-Neuzugang in der privaten Krankenvollversicherung hat sich bis heute nicht von den negativen Folgen der Gesundheitsreform erholt.

Dieser politische Nackenschlag ist auch 2008 im Neugeschäft der PKV zu spüren. Der „normale“ Netto-Neuzugang in der Vollversicherung betrug 2008 insgesamt 48.900 Personen, das ist ein Minus von 18 Prozent gegenüber dem Vergleichswert von 2007 – und sogar ein Minus von 58 Prozent gegenüber dem Jahr vor der Reform.

(Zur Erinnerung: Die Gesundheitsreform brachte einen Rückgang des Netto-Neuzugangs von 116.100 Personen im Jahr 2006 auf 59.900 Personen im Jahr 2007. Denn ab 2007 wurde die Wartefrist auf drei Kalenderjahre verlängert, also die Hürde für einen Wechsel gesetzlich Versicherter in die PKV schlagartig verdreifacht.)

Einmalige Sondereffekte mit ehemals Nicht-Versicherten

Hinzu kamen im Jahr 2008 einmalige Sondereffekte, ebenfalls als Auswirkung der Gesundheitsreform. So gab es einen Netto-Neuzugang von rund 18.500 vorher nicht-versicherten Personen, die der ab 1.1.2009 geltenden Pflicht zur Versicherung zuvorkommen wollten, um sich bis Jahresende noch die günstigeren Tarife der „alten PKV-Welt“ zu sichern. Dieser reine Vorzieh-Effekt wird im Jahr 2009 entsprechend fehlen. 2008 kamen außerdem rund 2.400 vorher nicht-versicherte Personen in den modifizierten Standardtarif (zum 1.1.2009 in den neuen Basistarif übernommen). Hierbei handelt es sich jedoch um Neuversicherte durch gesetzlichen Zwang. Die PKV kann den modifizierten Standardtarif sowie den Basistarif aufgrund des engen gesetzlichen Rahmens nicht kostendeckend anbieten. Er muss daher von den Bestandsversicherten quersubventioniert werden.

8,62 Mio. Privatversicherte – 20,95 Mio. Zusatzversicherungen

Insgesamt waren somit zum Jahresende 2008 in der PKV 8,62 Millionen Menschen vollversichert – 69.800 mehr als im Vorjahr (plus 0,8 Prozent). Hinzu kommen insgesamt 20,95 Millionen Zusatzversicherungen, 942.100 mehr als 2007 (plus 4,7 Prozent). Die Pflegezusatzversicherung verzeichnete 2008 einen Zuwachs um 142.200 Personen (plus 12,1 Prozent). Die Notwendigkeit einer zusätzlichen Absicherung für den Pflegefall rückt also durchaus ins Bewusstsein der Menschen – auch wenn mit 1,32 Millionen Verträgen bezogen auf die Gesamtbevölkerung nach wie vor nur eine niedrige Absicherungsquote erreicht wird.

Vollversicherung dominiert mit 72 Prozent der Beitragseinnahmen

Dem Bestandswachstum steht ein Wachstum der Beitragseinnahmen auf 28,33 Milliarden Euro (plus 2,7 Prozent) in der Krankenversicherung sowie auf 1,97 Milliarden Euro (plus 4,8 Prozent) in der Pflegeversicherung gegenüber. Gemessen an den Beitragseinnahmen haben somit die Zusatzversicherungen zum GKV-Schutz mit einem Anteil von knapp 13 Prozent weiterhin nur eine untergeordnete Bedeutung gegenüber der Vollversicherung, deren Anteil an den Beitragseinnahmen bei 72 Prozent liegt. Die ausgezahlten Versicherungsleistungen für die Krankenversicherung haben sich auf 19,53 Milliarden Euro erhöht (plus 6,6 Prozent), in der Pflegeversicherung stiegen sie auf 0,61 Milliarden Euro (plus 5,2 Prozent). Die Kostensteigerung geht deutlich über die Entwicklung in der GKV hinaus, vor allem auf Grund der ärztlichen Leistungen. Die PKV wird deshalb nicht nachlassen in dem Bemühen, mehr Einfluss auf Preise und Qualität zu nehmen.

130 Milliarden Euro Vorsorge für Generationengerechtigkeit

Die Alterungsrückstellungen betragen Ende 2008 rund 111,5 Milliarden Euro für die Krankenversicherung (plus 4,7 Prozent) und rund 18,5 Milliarden Euro für die Pflegeversicherung (plus 7,9 Prozent) – also insgesamt rund 130 Milliarden Euro (2007: 123,7 Mrd. Euro).

Quelle: <http://www.pkv.de>

Gesundheitspolitik: Planlos in die Zukunft

„Planvoll gegen den Mittelstand gerichtet“

Als „planvoll gegen den Mittelstand gerichtet“, im Übrigen aber in allen Bereichen planlos – so beurteilt die Neue Allgemeine Gesundheitszeitung für Deutschland im Leitartikel der April-Ausgabe die erschreckend vielen Gesundheitsreformen der letzten Jahre. Zahlreiche, für den Bürger größtenteils völlig unverständliche Gesetze haben das Gesundheitswesen mit nahezu bemerkenswerter Kontinuität heruntergewirtschaftet. Und auch jetzt ist keine Besserung in Sicht – im Gegenteil: Marode Krankenhäuser, akuter Ärztemangel, überarbeitetes Pflegepersonal, unsichere Arzneimittelwege außerhalb der „Apotheke um die Ecke“ und drastische Leistungseinschränkungen der Gesetzlichen Krankenversicherung sind nur einige wenige Beispiele für die dramatischen Folgen, die letzten Endes jeden Patienten treffen.

Die Lebenslügen der Gesundheitspolitik

Heinz Rühmann sagte es als unvergessener „Schuster Voigt“ im „Hauptmann von Köpenick“: „und dann stehste vor Jott dem Vater ... und der fragt dir ins Jesichte: Schuster Willem Voigt, wat haste jemacht mit dein´ Leben..., und dann muß ick sagen: Fußmatte...“.

„Wat haste jemacht mit dein´ politischet Leben?“ Fragen sich das die Politiker in Berlin, wenn sie am Ende eines Jahres, einer Legislaturperiode, einer politischen Laufbahn angekommen sind? Und wenn sie es tun, quälen sie sich mit Selbstzweifeln oder verteidigen sie ihre Lebenslügen?

Ulla Schmidt ist seit Januar 2001 Bundesministerin für Gesundheit. Von Oktober 2002 bis Oktober 2005 war sie zudem für „Soziale Sicherung“ zuständig. Sie war fleißig und durchsetzungsstark. Zahllose „Gesundheitsreformen“ hat sie auf den Weg gebracht.

„Reform“, so das beliebte Online-Lexikon Wikipedia, „bezeichnet in der Politik eine größere, planvolle und gewaltlose Umgestaltung bestehender Verhältnisse und Systeme.“

„Gewaltlos“ waren die „Umgestaltungen“ im Gesundheitswesen sicher – hunderten Krankenhäusern, tausenden Unternehmen der Gesundheitsbranche, zehntausenden Freiberuflern wie Ärzten oder Apothekern und nicht zuletzt Millionen Patienten blieb oftmals nur die Faust in der Tasche. Oder ohnmächtige Wut.

„Größer“ waren die „Umgestaltungen“ auch; so groß, dass mittlerweile sogar Krankenkassen pleitegehen können. So zerstört man nachhaltig das Vertrauen der Menschen in ein sicheres und geordnetes Gesundheitssystem.

Aber „planvoll“?

Bis zum Jahre 2004 war die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln ein – auch für viele andere Länder – vorbildliches Hochsicherheitssystem. Doch dann führte die Ministerin gegen den Rat zahlreicher Experten den Versandhandel von Medikamenten ein – zugunsten von „Menschen, deren Mobilität aufgrund von Alter und Krankheit eingeschränkt ist oder die größere Entfernungen zur Apotheke zurücklegen müssen ... Vor allem aber chronisch Kranke, die regelmäßig bestimmte Arzneien benötigen, können von günstigeren Preisen profitieren“, berichtete „REGIERUNGonline“ im „Magazin für Soziales, Familie und Bildung“ Nr.1/2008 – so, als hätte es nie den kostenlosen Zustellservice der Apotheken gegeben, von persönlicher Beratung, Nachtdienst und der Zubereitung von individuellen Rezepturen ganz zu schweigen. Immerhin wollen einige einsichtige Politiker den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln wieder verbieten. Im Sinne des Verbrauchers kann man nur hoffen, dass sie sich durchsetzen werden.

Planvoll?

Vor Einführung des „Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV“ (GKV-WSG) im Jahre 2007 entschieden die Ärzte – durchaus nach Wirtschaftlichkeitskriterien – per Rezept, welches Arzneimittel für den Kranken das richtige war. Nach Prüfung durch den Apotheker erhielt der Patient „sein“ Arzneimittel, an das er gewöhnt war und das er vertrug. Die Therapietreue – auch „Compliance“ genannt – war dementsprechend hoch. Doch im GKV-WSG erlaubten die Gesundheitspolitiker den Krankenkassen, wie ein Wirtschaftsunternehmen Ausschreibungen für Arzneimittel durchzuführen. Die Gewinner liefern – im Extremfall

– das gleiche Arzneimittel für alle Patienten einer Krankenkasse in ganz Deutschland. Millionen kranker Menschen müssen sich so an neue Packungen, neue Tabletten, neue Wirkungsweisen gewöhnen. Das ist besonders für ältere Menschen ein Problem. Sie verweigern dementsprechend oft die Einnahme ihrer Tabletten. Darauf weisen die Apotheker immer wieder hin. Doch das Interesse der Gesundheitspolitik ist gleich null.

Ein lachhafter Rückschritt in die Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts ist schließlich die Aufteilung einer Ausschreibung nach Regionen, die von unterschiedlichen Arzneimittelherstellern gewonnen werden. Da passiert es denn, dass man am Wohnort nicht das gleiche Arzneimittel wie am etwas entfernten Arbeitsplatz bekommen darf, weil man die „Grenze“ überschritten hat. Es ist der Apotheker, der dem aufgebrauchten Patienten das Unerklärliche erklären muss.

Planvoll?

Viele ältere Menschen leiden an Inkontinenz. Sie haben es nicht gerne, wenn man darüber spricht. Der Diskretion ihres Apothekers waren sie sicher. Sie erhielten Inkontinenzvorlagen in erstklassiger Qualität, die saugfähig waren und fest abschlossen. Waren sie bettlägerig, blieb das Bett trocken. Dieses funktionierende System wurde abgelöst durch die Zulassung von Ausschreibungen auf Hilfsmittel. Diese gewann in der Regel der billigste Hersteller. Das TV-Magazin „Frontal 21“ hat in der Sendung vom 18. November 2008 die traurigen Ergebnisse eindrucksvoll dargeboten. Und diese Zeitung erreichen immer wieder die Hilferufe alter Menschen, die sich nicht mehr wehren können. Auch eine Änderung dieser Regelung – nun dürfen Rahmenverträge aufgesetzt werden, denen auch Apotheken und Sanitätshäuser beitreten können – hat bisher nicht die dringend notwendige Verbesserung der Situation für die Betroffenen ermöglicht.

Planvoll?

Gegen Ende von Ulla Schmidts zweiter Amtsperiode liegen die Krankenhäuser auf der Intensivstation. Seit Jahren hat die Gesundheitspolitik in Bund und Ländern sie chronisch unterfinanziert und personell ausbluten lassen. Sie schieben einen lähmenden Investitionsstau von bis zu 50 Milliarden Euro vor sich her und suchen händeringend nach tausenden Medizinern. Sie haben Wartelisten einführen und Stationen schließen müssen – so das „Deutsche Krankenhausinstitut“ im „Krankenhausbarometer 2008“ – und behelfen sich mit der Halbierung des Arzt- und Pflegepersonals in den Spät- und Nachtschichten. Rudolf Henke, Vorsitzender der Ärztegewerkschaft „Marburger Bund“, warnt vor „Akkordpflege und Fließbandmedizin“, und tausende Klinikmitarbeiter gehen auf die Straße. Oder sie wandern ab ins Ausland. Rund 100 deutsche Krankenschwestern arbeiten alleine am Karolinska-Krankenhaus in Stockholm. Dort sind sie laut einem Bericht des ZDF hochwillkommen. In Deutschland wird das Pflegepersonal unterbezahlt und „verheizt“. Die 3,5 Milliarden Euro, die die Politik in diesem Jahr großzügig „spendiert“, sind da nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Planvoll?

„Mediziner auf der Flucht“ titelte das Magazin „Focus“ vor kurzem. Wie wahr. Mediziner fliehen ins Ausland, in die Industrie, in Krankenkassen, in Verbände. Auf Kosten der Allgemeinheit ausgebildet, können sie dieser Gesellschaft nicht dienen, weil die Politik ihnen seit Jahren einen zum Betreiben einer Hausarztpraxis angemessenen Lohn verweigert. Protestieren die Ärzte, droht ihnen die Ministerin mit dem Entzug der Zulassung. Doch die Katastrophe kommt erst noch: „In vielen ländlichen Gebieten finden viele keinen Nachfolger für ihre Praxen“ – warnt der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Leonhard Hansen. Die Hausärzte selbst versuchen, der drohenden Unterversorgung mit Weiterbildungsprojekten wie „Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis – VERAH“ für ihre Praxismitarbeiterinnen zu begegnen. Die sollen in Zukunft für „Hausbesuche, bei denen keine ärztliche Kompetenz notwendig ist“ zuständig sein. Die deutschen Ärzte gehen nach Schweden.

Planvoll?

Ja doch, in einem Punkt waren alle Reformen durchaus planvoll: Sie waren konsequent gegen den Mittelstand gerichtet. Sie haben die Grundlagen der Existenz von vielen Arztpraxen und Apotheken, Sanitätshäusern und Massagepraxen, mittelständischen Herstellerfirmen und kommunalen Krankenhäusern schwer erschüttert, wenn nicht gar dauerhaft vernichtet. Und da, wo es ging, haben sie den Wettbewerb ausge-

schaltet und Strukturen aufgebaut, die „postsozialistisch“ zu nennen man sich nicht zu scheuen braucht – von den MVZs, den Medizinischen Versorgungszentren, über den Einheitsbeitrag aller Krankenkassen bis hin zum Moloch „Gesundheitsfonds“. „Wat haste jemacht mit dein politischet Leben?“ Ob die Gesundheitspolitiker in Berlin mit ihrem politischen Leben zufrieden sind?

Namen wie Schall und Rauch

Und überhaupt – hätte man in den letzten Jahren auf den Inhalt der Gesetze soviel Gehirnschmalz verwendet wie auf ihre Namen, dem deutschen Gesundheitswesen ginge es wahrlich besser. „Arzneimittelausgabenbegrenzungsgesetz“ (AABG), „Beitragssatzsicherungsgesetz“ (BSSG), „GKV-Modernisierungsgesetz“ (GMG), „Arzneimittelversorgungswirtschaftlichkeitsgesetz“ (AVWG), „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ (GKV-WSG); Namen wie Schall und Rauch. Die Arzneimittelausgaben wurden nicht begrenzt – zum Glück für die Patienten. Der Beitragssatz wurde nicht gesichert – im Gegenteil, seit der Einführung des unsäglichen Gesundheitsfonds ist er höher denn je. Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wurde nicht modernisiert – eine sozialistische Einheitsversicherung wie den Gesundheitsfonds wird man kaum „modern“ nennen können. Wenn die Arzneimittelversorgung wirtschaftlicher hätte werden sollen, hätte man mit dem Arzneimittel sparen müssen, nicht am Arzneimittel. Und schließlich die Krönung: das „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“. Dieses Gesetz hat den Wettbewerb in der GKV endgültig ausgeschaltet. Für wie dumm hält man die Bevölkerung eigentlich? Aber die Frage erübrigt sich wohl.

Quelle: <http://www.neue-allgemeine.de>

Kassenpatienten sollen mehr selbst zahlen

Fritz Beske-Institut

GKV-Versicherte in Deutschland sollen nach einem Expertenvorschlag künftig mehr Leistungen aus eigener Tasche bezahlen. Alles was über eine "Grundversorgung" hinaus gehe, solle privat finanziert werden, forderte das Kieler Fritz Beske-Institut in Berlin.

Die Politik müsse endlich das "Zuzahlungswirrwarr" für die gesetzlich versicherte Arzt- und Apothekerkundschaft beenden, forderte der Chef des Kieler Instituts für Gesundheits-System-Forschung, Fritz Beske laut "Tagesspiegel". Ob Praxisgebühr oder Patientenzuzahlung für Klinikaufenthalt und verschreibungspflichtige Arznei: Die geltenden Zuzahlungsverpflichtungen mit ihren Ausnahme- und Härtefallregelungen machten das System "zunehmend unüberschaubar". Seine Forderung begründet Beske mit steigenden Gesundheitskosten. Denen könne man weder durch weitere Beitragserhöhungen noch durch immer mehr Zuzahlungen begegnen. Ein Beispiel für ein misslungenes Gegenkonzept sei Beske zufolge die Praxisgebühr.

Bereits die Bundesärztekammer hatte gefordert, dass der Gesetzgeber medizinische Prioritäten festlegen solle, wenn das Geld künftig nicht für alles reiche. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) sagte dazu: "Es gibt immer gute Vorschläge, man muss sie nicht alle umsetzen."

Quelle: zm-online - <http://www.zm-online.de/>

Krankenkassen-Vorstand bekommt 273.000 Euro plus Dienstwagen

Für hanseatische Bescheidenheit ist die Techniker Krankenkasse (TK) in Hamburg nicht gerade ein leuchtendes Beispiel. Hoch über dem Eingang der Zentrale im Stadtteil Barmbek ließen die Verantwortlichen kürzlich ein gigantisches Transparent aufhängen. "TK - Deutschlands beste Krankenkasse" steht darauf.

Stolzer noch als auf das Ergebnis des Tests einer Zeitschrift, das nun an der gläsernen Fassade gefeiert wird, ist das Unternehmen aber auf eine Zahl: 7,2 Millionen Versicherte zählt die TK seit Jahresbeginn, als sie mit der ehemaligen Internet-Krankenkasse IKK-direkt fusionierte. Damit hat sie alle ihre Konkurrenten abgehängt. Der bisherige Marktführer, die Barmer, kommt auf rund 6,8 Millionen Kunden.

Die neuen Partner würden gut zueinanderpassen, versicherte TK-Chef Norbert Klusen schon im vergangenen Herbst zufrieden, und weil die Kassen-Hochzeit auch Gesundheitsministerin Ulla Schmidt gut ins Konzept passt, die die Zahl der Versicherungen ohnehin reduzieren will, waren sich alle Beteiligten schnell einig. Die Fusion, versprach Klusen, verschaffe der Kasse eine "bessere Marktposition", so dass sie günstigere Preise bei Ärzten und Apotheken durchsetzen könne.

Inzwischen freilich zeigt die Vernunftete unschöne Züge. Intern steht Klusen gleich mehrfach unter Druck. Gut verhandelt hat der Manager nämlich wohl vor allem in eigener Sache. Die Bezüge der Vorstandsspitze sind so erfreulich gestiegen, dass sich nun das Bundesversicherungsamt (BVA), Ulla Schmidts Kassenaufsicht, eingeschaltet hat. Ärger gibt es aber vor allem, weil die TK zwar gerne die gut 800.000 meist jungen und deshalb gesunden Versicherten der Internet-Kasse übernommen, aber deren Chef, Ralf Hermes, anders als im Fusionsvertrag vorgesehen, vor die Türe gesetzt hat. Seit Wochen liefert sich die Kasse mit dem Manager einen bizarren Rechtsstreit um den Posten.

Dabei hat es Klusen eigentlich Hermes zu verdanken, dass sich die Fusion für ihn so richtig gelohnt hat. Der Ex-IKK-direkt-Chef gilt als schillernde Figur im Gesundheitsbusiness. Manche halten ihn für eloquent, Kritiker eher für skrupellos. Der Manager hat schon einige Krankenkassen geführt, manchmal gar mehrere gleichzeitig - wie jemand, der zur gleichen Zeit für Volkswagen, Opel und Daimler arbeitet. Im vergangenen Jahr leitete Hermes neben der Internet-Kasse auch noch den IKK-Landesverband Nord und die IKK-Nord, eigentlich ein Konkurrenzunternehmen. Sein TK-Gehalt errechneten die Verantwortlichen deshalb gleich aus drei Einkommen. Unter dem Strich kamen 238.000 Euro heraus.

Kritik vom Bundesversicherungsamt

Bei so viel Großzügigkeit sollte auch Klusen nicht darben. Obwohl bereits 61 Jahre alt, erhielt er einen neuen Anstellungsvertrag, der sechs Jahre läuft - falls er nicht zuvor in Ruhestand geht - und ihm 273.000 Euro im Jahr garantiert, zuzüglich Dienstwagen und üppiger Versorgungsregelung. Im vergangenen Jahr musste er noch mit 245.000 Euro auskommen. 50.000 Euro Bonus obendrauf gab es für die Abwicklung der Fusion. Auch Klusens gleichaltriger Stellvertreter Helmuth Doose ist nun dank des Hermes-Effekts mit 252.000 Euro Grundgehalt und Zulagen Krösus unter Deutschlands Kassenmanagern.

Allenfalls 210.000 Euro stünden Klusen zu, hat hingegen das Bundesversicherungsamt errechnet. Die Bezüge orientierten sich nicht "am Maß des Notwendigen", beanstandet das BVA in einem vertraulichen Schreiben. Vergleichsmaßstab für Kassenchefs könne nicht die freie Wirtschaft sein, sondern nur die eigene Branche.

Ihn selbst dagegen hätten die TK-Verantwortlichen so schnell wie möglich loswerden wollen, vermutet Hermes. Jedenfalls: Kaum hatte er seinen Job im Januar angetreten, landete bei der Versicherung ein Prüfbericht des BVA, der unschöne Details aus dem Innenleben der ehemaligen Internet-Kasse offenbarte. Die Kontrolleure monieren überhöhte Provisionen an Versicherungsmakler und unwirtschaftliche Werbeausgaben. Vor allem aber zeigt das Papier, dass die Internet-Kasse keineswegs so solide gewesen war, wie es den Anschein hatte.

10.000 Euro - Monat für Monat

Mit einem besonders günstigen Beitragssatz war es Hermes zwar gelungen, meist junge, gesunde Kunden zu locken. Doch im Herbst vergangenen Jahres drohte die Pleite. Der Manager freilich wusste sich zu helfen. Im Oktober schrieb Hermes als IKK-direkt-Chef ("Mit freundlichen Grüßen Ralf Hermes") einen Brief an sich selber als Chef des IKK-Landesverbands ("Sehr geehrter Herr Hermes") und bat um "solidarische Finanzhilfe", einen Überbrückungskredit.

Anfang Februar sprachen Hermes und Klusen unter vier Augen über den BVA-Bericht. Über den Inhalt der Unterredung gibt es unterschiedliche Darstellungen. Klar ist nur, Hermes unterschrieb anschließend eine Aufhebungsvereinbarung, die ihm für sechs Jahre 10.000 Euro pro Monat garantierte, ohne jede Arbeit. Als das öffentlich wurde, widerrief er die Regelung. Hermes sagt, Klusen habe ihm mit fristloser Kündigung gedroht, nur deshalb habe er unterschrieben. Klusen bestreitet das und spricht von "übler Nachrede".

Obwohl die meisten Vorwürfe in dem Bericht der TK längst bekannt gewesen sein müssen - schließlich hatte sie im vergangenen Jahr die Bücher des Fusionskandidaten intensiv geprüft -, entband der Verwaltungsrat Hermes von seinem Amt. Wegen eines Formfehlers wiederholte er die Zeremonie im März sogar noch einmal und beschloss auch gleich eine Amtsenthebung, die aber formal noch nicht gültig ist.

Da traf es sich gut, dass die Aufsichtsbehörde jetzt auch bei der Vorstandswahl von Klusen, Hermes und Doose im Januar Regelverstöße gefunden zu haben glaubt. Aus "Gründen der Rechtssicherheit" wiederholte der Verwaltungsrat deshalb am vergangenen Freitag die Wahl von Klusen und Doose. Hermes war zu der Abstimmung nicht eingeladen worden.

Quelle: <http://www.spiegel.de>

Politbarometer der Hamburger Zahnärzte

Eindeutige Mehrheit für ganze Therapiepalette Hamburger Zahnärzte reagieren auf Patientenwünsche Kaum Investitionsbereitschaft

Nur eine kleine Minderheit der Hamburger Zahnärzte plant in diesem Jahr noch größere Praxisinvestitionen. Das ist ein Ergebnis des Politbarometers der Hamburger Zahnärzte. Die meisten befragten Zahnärzte wollen nichts anschaffen oder planen nur Ersatzinvestitionen. Auch sonst sorgen die aktuellen Rahmenbedingungen für Trends: So werden teilweise die traditionellen Öffnungszeiten in Frage gestellt und neue Kooperationsformen ins Auge gefasst.

Angeichts wenig flexibler Honorierungssysteme denken einige zahnärztliche Berufsverbände laut darüber nach, dass künftig nur speziell fortgebildete Zahnärzte (= die Mitglieder eines Verbandes) einzelne zahnmedizinische Gebiete abrechnen dürfen. Die befragten Hamburger Zahnärzte sind einer Meinung: Das darf nicht kommen. Sie wollen auch künftig die ganze Therapiepalette anbieten wollen. Der Zahnarzt als Generalist der ZahnMedizin soll erhalten bleiben.

Die traditionellen Öffnungszeiten einer Zahnarztpraxis werden jetzt in vielen Praxen in Frage gestellt - mit unterschiedlichem Ergebnis: Rund 24 Prozent der Befragten stellten fest, dass erweiterte Öffnungszeiten bei ihren Patienten nicht angenommen wurden. Nur jeder siebte Zahnarzt hat mit längeren Öffnungszeiten guten Zuspruch seiner Patienten gehabt. Ein Viertel der Zahnärzte bietet individuelle Termine auch außerhalb der normalen Öffnungszeiten an oder hat auf ein Schichtsystem mit über die Woche wechselnden Öffnungszeiten umgestellt. Offenbar möchte nur eine Minderheit der Patienten auch früh morgens, abends oder am Wochenende zum Zahnarzt gehen. Ein Kommentar eines Zahnarztes: "Unsere Patienten sind abends genauso geschafft wie wir - dabei kommt nichts Gutes heraus."

Bewegung besteht auch hinsichtlich des Praxisangebotes - jeder zweite befragte Zahnarzt plant konkret eine Ausweitung seines Angebotes. Jeder siebte befragte Zahnarzt plant die Anstellung eines Kollegen. Weitere knapp 14 Prozent plant eine Kooperation beispielsweise in einer Gemeinschaftspraxis.

Quelle: <http://www.zahnaerzte-hh.de>

Gesundheitsausgaben 2007 um knapp 8 Milliarden Euro gestiegen

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, betragen die Ausgaben für Gesundheit in Deutschland im Jahr 2007 insgesamt 252,8 Milliarden Euro. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Milliarden Euro oder 3,2%. Damit entsprachen die Ausgaben 10,4% des Bruttoinlandsproduktes oder gut 3 070 Euro je Einwohner. Trotz des Anstieges der Gesundheitsausgaben ist ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu 2006 gesunken (2006: 10,5%).

Größter Ausgabenträger im Gesundheitswesen war die gesetzliche Krankenversicherung. Ihre Ausgaben stiegen im Jahr 2007 um 5,6 Milliarden Euro (+ 4,0%) auf 145,4 Milliarden Euro. Damit trug die gesetzliche Krankenversicherung 57,5% der gesamten Gesundheitsausgaben. Dieser Anteil steigt seit dem Jahr 2005 wieder an, nachdem er in den Jahren 1992 bis 2004 überwiegend rückläufig war. Der Ausgabenanteil der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck betrug 13,5%. Sie zahlten mit 34,1 Milliarden Euro rund 600 Millionen Euro oder 1,8% mehr als im Jahr 2006. 23,5 Milliarden Euro oder 9,3% der Gesundheitsausgaben entfielen im Jahr 2007 auf die private Krankenversicherung. Ihre Ausgaben sind von 2006 auf 2007 um 1,0 Milliarden Euro (+ 4,3%) gestiegen.

Überdurchschnittliche Ausgabenanstiege gab es im Jahr 2007 bei den Leistungen der Prävention und des Gesundheitsschutzes (+ 8,9%), die auf insgesamt 10,1 Milliarden Euro angewachsen sind. Dieser starke Anstieg ist insbesondere auf die höheren Ausgaben bei Schutzimpfungen zurückzuführen, die von der gesetzlichen Krankenversicherung gezahlt werden. Medizinisch gebotene Schutzimpfungen sind im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) Mitte 2007 zu Pflichtleistungen der Krankenkassen geworden.

Auch die Ausgaben für Arzneimittel stiegen 2007 gegenüber 2006 überdurchschnittlich an (+ 5,0% oder + 2,0 Milliarden Euro) und erreichten insgesamt ein Volumen von 41,7 Milliarden Euro. Ein Teil dieses Anstieges kann durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 16% auf 19% zum 1. Januar 2007 erklärt werden, von der auch die Arzneimittel betroffen waren.

Fast die Hälfte der Ausgaben für Güter und Dienstleistungen im Gesundheitswesen sind 2007 in ambulanten Einrichtungen angefallen (124,4 Milliarden Euro beziehungsweise 49,2%). Die Ausgaben in diesen Einrichtungen stiegen im Vergleich zum Jahr 2006 mit 4,9% überdurchschnittlich. Vom Ausgabenvolumen her betrachtet waren Arztpraxen (38,4 Milliarden Euro) und Apotheken (36,4 Milliarden Euro) die bedeutsamsten ambulanten Einrichtungen. Den prozentual stärksten Anstieg hatten mit 6,7% (+ 500 Millionen Euro) die Einrichtungen der ambulanten Pflege zu verzeichnen, für deren Leistungen Ausgaben in Höhe von 7,9 Milliarden Euro anfielen. Dieser Ausgabenanstieg ist auch auf den Zuwachs der Ausgaben für Behandlungspflege (wie zum Beispiel Verbandwechsel oder Medikamentengaben) im Rahmen der häuslichen Krankenpflege zurückzuführen.

Im (teil-)stationären Sektor wurden mit 91,8 Milliarden Euro 1,7% mehr aufgewendet als im Jahr 2006. Zu den (teil-)stationären Einrichtungen gehören Krankenhäuser (64,6 Milliarden Euro), die Einrichtungen der (teil-)stationären Pflege (19,4 Milliarden Euro) sowie die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, auf die 7,7 Milliarden Euro entfielen.

Die hier vorgestellten Ergebnisse folgen dem Konzept des "System of Health Accounts", welches von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit von Gesundheitsausgaben empfohlen wird. Gemäß den dort enthaltenen Definitionen umfassen die Gesundheitsausgaben sämtliche Güter und Leistungen mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege, die Kosten der Verwaltung sowie Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Aufwendungen für Forschung und Ausbildung im Gesundheitswesen sowie Ausgaben für krankheitsbedingte Folgen (zum Beispiel Leistungen zur Eingliederungshilfe) und Einkommensleistungen, wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, werden nachrichtlich nachgewiesen. Begründet durch diese Ab-

grenzung weichen die Gesundheitsausgaben in der Gesundheitsausgabenrechnung von den Ausgaben der einzelnen Sozialversicherungsträger, insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung, ab.

Quelle: <http://www.destatis.de>

Auch Freiberufler können Kurzarbeit beantragen

Das konjunkturelle Kurzarbeitergeld ist für viele Freiberufler im Land eine Möglichkeit, ohne Entlassungen auf die Konjunkturkrise zu reagieren. Der Landesverband der Freien Berufe (LFB) begrüßt die Neuregelung und empfiehlt den Betroffenen, die Möglichkeit zum Erhalt der Arbeitsplätze zu nutzen.

„Die Konjunkturkrise trifft nicht nur Großunternehmen, sondern auch viele Freie Berufe. In der Summe kann das erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigung im Land haben“, warnte Schleswig-Holsteins LFB-Vorsitzender Hans-Peter Küchenmeister. Im konjunkturellen Kurzarbeitergeld (Kug) sieht er eine Chance auch für Kanzleien, Büros und Praxen, die Krise mit möglichst wenigen Entlassungen zu meistern.

Die Krise trifft die freien Berufe derzeit noch sehr unterschiedlich. Freiberufler, die etwa stark von Aufträgen aus der Bauwirtschaft abhängen, spürten die Auswirkungen aber bereits. Ihnen steht genauso wie Großunternehmen das konjunkturelle Kurzarbeitergeld (Kug) offen. Die Regelung sieht vor, dass Kug schon bei der Arbeitsstundenreduzierung eines einzigen sozialversicherungspflichtigen Mitarbeiters beantragt werden kann – früher musste mindestens ein Drittel der Belegschaft von der mangelnden Auslastung betroffen sein. Neu ist auch, dass die Arbeitsagentur anteilig oder vollständig die Sozialversicherungsbeiträge des kurzarbeitenden Beschäftigten übernimmt.

Voraussetzung ist ebenfalls, dass in Folge der Wirtschaftskrise mitarbeiterbindende Aufträge wegbrechen. Das Unternehmen muss darlegen können, dass der Auftragseinbruch als Folge der Wirtschaftskrise entstanden ist und dass es sich um einen vorübergehenden Engpass handelt, sodass eine Wiederauslastung des Kurzarbeiters als sehr wahrscheinlich gilt. Außerdem muss dargelegt werden, welche Strategien es einleiten will, um die Krise schnellstens zu überwinden.

Küchenmeister rät, eventuelle Kurzarbeit zur Qualifizierung der Mitarbeiter zu nutzen, dafür gilt eine Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit bis zu 18 Monaten.

Quelle: <http://www.freie-berufe-sh.de>

proDente würdigt regionale und lokale Initiativen

Mit der erstmaligen Ausschreibung des "proDente Kommunikationspreises 2009" will die Initiative proDente e.V. erreichen, das beispielhafte Aktivitäten Schule machen. Das breite Spektrum der eingereichten Beiträge regionaler Aktivitäten von Zahnärzten und Zahntechnikern zeugt von großem Engagement vor Ort. Besonders gefallen hat der Jury der soziale Aspekt vieler Beiträge und die Kooperation von Zahnärzten und Zahntechnikern. In der Kategorie Print konnte die Broschüre des "Qualitätskreis Dentalgesundheit Ratingen" (Quadrat) überzeugen. In der in der Kategorie "Interaktiv" zeichnete die Jury das Labor ArGe Zahntechnik Heitmüller für Ihre vielfältigen Aktionen in Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Zahnärzten Dres Hattemer & Höffler aus.

"Die Zahl der Einsendungen sowie die Qualität der Beiträge auf regionaler und lokaler Ebene haben uns sehr überrascht und gefreut. Genau diesem Ideenreichtum und den Aktionen vor Ort sollte dieser Preis Rechnung tragen", zieht Dirk Kropp, Geschäftsführer der Initiative proDente e.V. nach der Jurysitzung Bilanz. Unter insgesamt 43 Einsendungen vergab die Jury jeweils einen Preis in der Kategorie "Print" und in der Kategorie "Interaktiv".

Je ein Preis in zwei Kategorien

Kategorie Print: Hier zählte das gedruckte Wort in Form von Druckwerk wie Broschüren, Flyer, Plakate, Anzeigen und Veröffentlichungen im Rahmen der Pressearbeit. Kategorie Interaktiv: Hierunter fielen gelungene Veranstaltungen und andere Aktionen in der Öffentlichkeit sowie auf dem Internet basierte Kommunikation wie der eigene Web-Auftritt.

Zusammenarbeit professionell und doch eigenständig.

In der Kategorie "Print" überzeugte die Broschüre des "Qualitätskreis Dentalgesundheit Ratingen" - Quadrat - durch ein in sich stimmiges Gesamtkonzept. Die Texte sprechen den Leser (Patienten) direkt an und vermitteln Kompetenz und Serviceorientierung. Sie lesen sich flüssig und vermitteln ein harmonisches Gesamtbild. Dazu die sympathisch wirkenden Bilder. Das gesamte Layout ist absolut professionell und spricht die Zielgruppe auf hohem Niveau an. " Hier sieht man wie eine Zusammenarbeit in sich eigenständiger Zahnärzte vor Ort Kompetenzen und Knowhow verbinden kann. Ist der Auftritt nach außen dann auch noch so gelungen profitieren, Patienten und Zahnärzte gleichermaßen" bemerkt Jurymitglied Egbert Maibach-Nagel, Chefredakteur der ZM Zahnärztliche Mitteilungen. Mit der Auszeichnung honoriert die Jury auch die Idee angesichts der aktuellen Entwicklung in der Dentalbranche mit einer gemeinsamen Initiative von Einzelpraxen dem Patienten ein umfassendes regionales Angebot zu präsentieren. "Zugleich stellen die Ratinger Zahnärzte die Qualität ihrer Arbeit in den Vordergrund: "Eine Idee, die unseren repräsentativen Befragungen zufolge, von Patienten geschätzt wird", so Dirk Kropp, Geschäftsführer von proDente und Jury-Mitglied.

Transparenter Behandlungsweg

Die vom Zahntechnischen Meisterlabor "ArGe Zahntechnik Heitmüller" eingereichten Aktivitäten zeichnen sich besonders durch die gelungene Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Zahnärzten Dr. Klaus-R. Höffler und Dr. G. Hattemer aus. Bei Gesundheitstagen (Gau-Algesheim), Patienteninformationstagen und Ausstellungen vermittelt das gemeinsame Auftreten einen transparenten Behandlungsweg und zeigt die Vorteile einer ortsnahen Zusammenarbeit von Zahntechnik und Zahnmedizin. Die lokalen Aktivitäten konnten so optimal genutzt werden und fanden durch ihr durchdachtes Konzept auch in der Presse Beachtung. "Gerade die Idee des Auftretens im Team hat die Jury in besonderer Weise angesprochen. Denn auch der Patient ist auf eine enge Form der Zusammenarbeit von Praxis und Meisterlabor angewiesen. Was liegt also näher, als diese Kooperation offensiv in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit zu stellen", so Gerald Temme, Jurymitglied und PR-Referent des Verbands der deutschen Zahntechnikerinnen.

Die Entscheidung fiel der Jury auf Grund der unterschiedlichen und sehr facettenreichen Einsendungen schwer: "Besonders hervorheben kann man aus Sicht der Jury, die Kooperation verschiedener Zahnärzte,

die sich in Vereinen zusammengefunden haben und über die einzelne Praxis hinaus Informationen rund um die Mundgesundheit verbreiten. Weiter hat uns stark beeindruckt, wie verbreitet das karitative Element einiger Einrichtungen war. So zum Beispiel eine Informationsveranstaltung zu Mundpflege, Munderkrankungen und zahngesunder Ernährung im Alter in einem Alten- und Pflegeheim", betont Dirk Kropp.

Quelle: Initiative proDente e.V. - <http://www.prodente.de/>

Gewinnen mit „Zuwendung“

Fotowettbewerb zum Deutschen Zahnärztetag 2009

Nach dem großen Erfolg, den der Fotowettbewerb des Deutschen Zahnärztetages 2008 zu verbuchen hatte, wird für das Jahr 2009 wieder ein Fotowettbewerb ausgeschrieben. Teilnehmen kann jeder, eingereicht werden sollte eine bis maximal drei Abbildungen im Format 30 x 40 cm, zusätzlich die Bilddatei in einer Größe von ca. 1024 x 768 Pixeln. Ausdruck und Datei sind an das Büro der DGZMK in Düsseldorf zu senden (mailto: dgzmk@dgzmk.de; Liesegangstr. 17 a, 40211 Düsseldorf).

Wie auch im Jahr 2008 stehen im Jubiläumsjahr der DGZMK wertvolle Sachpreise und Fortbildungsgutscheine zur Verfügung. Eine Jury wird die Siegerbilder ermitteln.

Einsendeschluss ist der 15. September 2009.

Das Thema des Fotowettbewerbs ist der Begriff „Zuwendung“, wobei natürlich nicht der steuerrechtliche bzw. haushaltstechnische Begriff gemeint ist, sondern die Zuwendung, die das Wesen der ärztlichen Tätigkeit ausmacht. Dabei kann der Begriff auch im sehr übertragenen Sinn interpretiert werden. Ein Bild von Sonnenblumen, die sich der Sonne zuwenden, würde ebenfalls zu dem Thema passen, so wie das eines Hundebesitzers, der sich seinem Vierbeiner widmet.

Gerade in einer Zeit, in der sich das Berufsbild des Arztes dramatisch wandelt, in einer Zeit zunehmender Fremdbestimmung der ärztlichen Tätigkeit mit minutengenauen Vorgaben über Behandlungsabläufe bleibt oft wenig Zeit für humanistische Ideale. Fehlende Zuwendung wird von den Patienten häufig mit größerem Interesse an homöopathischen oder anderen alternativen Heilmethoden quittiert. Dabei wird nicht mangelnde fachliche Kompetenz des Arztes vom Patienten beklagt, sondern fehlende Zeit und Zuwendung. Das Vertrauen des Patienten, das aus dieser Zuwendung resultiert, ist eine wichtige Grundlage für den Heilerfolg. In einem Medizinbetrieb, der zu erkalten droht, ist Zuwendung das größte Kapital der Medizin.

Ein solches Bild der Zuwendung wird gesucht, ein Bild das zeigt, wie wir uns anderen Menschen zuwenden oder Dingen, denen wir Aufmerksamkeit und Zeit schenken. Auch wenn der Zuwendung die Zielgerichtetheit fehlt, sie ohne Absicht geschenkt wird, wird sie häufig mit Freude und tieferem Verstehen des Anderen belohnt.

Belohnt werden die Bilder, die diesen Begriff der Zuwendung fotografisch am schönsten visualisieren. Nehmen Sie teil und zeigen Sie eine der schönsten Seiten ärztlichen Handelns mit Ihren besten Bildern!

Quelle: Dr. W. Bengel, Vizepräsident der DGZMK - <http://www.dgzmk.de/>

Kindererziehungszeiten für Versorgungswerkmitglieder

Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 56 Abs. 4 Nr. 2 SGB VI ist auch für Mitglieder berufsständischer Versorgungseinrichtungen möglich.

Das hat der 13. Senat des Bundessozialgerichts in seiner Entscheidung vom 31.01.2008 (Az. B 13 R 63/06 R) in verfassungsmäßiger Auslegung der vorgenannten Rechtsnorm klargestellt und bestätigt damit im Ergebnis eine gleichlautende Entscheidung des 4. Senats vom 18.10.2005 (Az. B 4 RA 6/05 R). Das Gericht gab damit der Klage einer Apothekerin Recht, die die entsprechende Anerkennung von Kindererziehungszeiten begehrte

Rechtsargumentation

§ 56 Abs. 4 Nr. 2 SGB VI sei verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass er der Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung bei Mitgliedern berufsständischer Versorgungswerke nicht entgegensteht, wenn diese Zeiten in derselben nicht annähernd gleichwertig berücksichtigt werden. Das sei bislang nicht der Fall: In den berufsständischen Versorgungswerken werden Mitglieder für den Zeitraum der Elternzeit beitragsfrei gestellt und bei der Berechnung einer etwaigen Berufsunfähigkeitsrente ausgeklammert. Im Gegensatz zur

Situation in der gesetzlichen Rentenversicherung werden die entsprechenden Beiträge auch nicht vom Bund gezahlt, so dass nachvollziehbar sei, dass die berufsständischen Versorgungswerke kein entsprechendes System über ihre Beiträge finanzieren würden: Beitragszahler würden sonst zweimal für die Finanzierung von Kindererziehungszeiten zur Kasse gebeten: Einmal im berufsständischen Versorgungswerk und einmal über die Steuern für Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung.

Arbeit des BFB

Die Vorsitzende des Arbeitskreises Chancengleichheit im BFB, Dr. Cornelia Goesmann, hat im Sommer 2007 anlässlich eines Termins mit der Bundeskanzlerin bereits unisono mit der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen (ABV) gefordert, Ausgleichszahlungen des Bundes in die berufsständischen Versorgungswerke für Erziehungszeiten von Kindern durchzusetzen. Das Bundessozialgericht - nicht die Politik - hat nunmehr in verfassungskonformer Auslegung einer entsprechend direkten Finanzierung zur Durchsetzung verholfen!

Ansprüche prüfen!

Jede Freiberuflerin/jeder Freiberufler, die/der Kinder erzieht bzw. erzogen hat, sollte daher die Beantragung für die Anerkennung entsprechender Erziehungszeiten in der GRV prüfen. Die Entscheidungen des Gerichts können abgerufen werden unter: <http://www.bundessozialgericht.de>

Quelle: RAin Claudia Dittberner, BFB

Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung

Zahnärzte Online Deutschland (ZOD) jetzt noch sicherer

Neue Policy für rechtssichere elektronische Unterschrift von Dokumenten

Die Kommunikationsplattform ZOD ist mit dem neuen Anforderungsprofil und der neuen Policy für ZOD 2.0, die heute veröffentlicht wurden, noch sicherer und komfortabler geworden. Zukünftig können Zahnärzte mit ihrer persönlichen ZOD-Karte rechtssichere elektronische Unterschriften leisten und damit ihre papierlose Kommunikation mit den Zahnärztereorganisationen und anderen Partnern optimieren. Neue Sicherheitsmaßstäbe werden unter anderem mit der Verwendung längerer Schlüssel zur Verschlüsselung übertragener Daten gesetzt.

Für den stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der KZBV, Dr. Günther E. Buchholz, bleibt ZOD damit ein zukunftsträchtiges Projekt mit Symbolwirkung: „Die Plattform ist zukunftsorientiert, weil sie schon heute die Spezifikationen des elektronischen Heilberufsausweises von morgen berücksichtigt. Und sie steht für konsequenten Datenschutz. Das ist wichtiger denn je in Zeiten, in denen mit Projekten wie z.B. der elektronischen Gesundheitskarte immer größere Datensammlungen angestrebt werden.“ Interessierte Anbieter können ab sofort die Zulassung für ZOD 2.0 beantragen. Die ZOD 2.0 Policy und das ZOD 2.0 Anforderungsprofil stehen auf <http://www.zahnaerzte-online.de> zum Download bereit.

Zum Hintergrund: ZOD ist die elektronische Informations- und Kommunikationsplattform der Zahnärzteschaft. Informationsangebote, die die zahnärztlichen Organisationen ihren Mitgliedern über ZOD zur Verfügung stellen, sind nur Teilnehmern zugänglich, die im Rahmen eines Registrierungsverfahrens entsprechende Zugriffsrechte erworben haben. Die Infrastruktur von ZOD ermöglicht den sicheren Austausch sensibler personenbezogener Daten, z.B. im Rahmen der Online-Abrechnung oder des Datenaustausches zwischen Kollegen. Die Sicherheit von ZOD basiert auf einer so genannten Public Key-Infrastruktur, bei der jeder Teilnehmer eine Prozessor-Chipkarte als Schlüsselmedium erhält. Auf dieser Chipkarte sind seine einzigartigen digitalen Schlüssel geschützt gespeichert.

Quelle: KZBV - <http://www.kzbv.de/>

Parodontitis und Herzinfarkt

Zusammenhang genetisch belegbar

Ein Zusammenhang zwischen aggressiver Parodontitis und Herzinfarkt ist in der Vergangenheit bereits beobachtet worden. Wissenschaftler der Universitäten Kiel, Dresden, Amsterdam und Bonn konnten nun auch dieselben Genveränderungen auf Chromosom 9 nachweisen, wie sie in der neusten Ausgabe der Fachzeitschrift PLoS Genetics berichten.

Der Erstautor, Dr. Arne Schaefer, vom Institut für Klinische Molekularbiologie der Universität Kiel sieht eindeutige Übereinstimmungen in der genetischen Veranlagung: "Wir haben die aggressive Form der Parodontitis untersucht, eine in sehr jungem Alter einsetzende, sehr heftig verlaufende, entzündliche Krankheitsform der Parodontose. Die mit diesem Krankheitsbild assoziierte genetische Variante ist identisch mit der von Patienten, die unter einer Erkrankung der Herzkranzgefäße leiden und bereits einen Herzinfarkt erlebt hatten. "Da es anzunehmen ist, dass es einen ursächlichen Zusammenhang zwischen aggressiver Parodontitis und Herzinfarkt gibt, sei es an den Zahnärzten, die Parodontose ernst zu nehmen, frühzeitig zu diagnostizieren und zu behandeln. "Die aggressive Parodontitis hat sich immerhin als Vorbote einer Krankheit mit späterer möglicher Todesfolge erwiesen", mahnt Schaefer. Darüber hinaus könne das Wissen über das Herzinfarkttrisiko Patienten mit Parodontose bewegen, die Risikofaktoren einzudämmen und sich um präventive Maßnahmen zu kümmern.

Quelle: Pressemeldung Uni Kiel - <http://www.uni-kiel.de/aktuell/pm/>

Hydroxylapatit kann Zahnschmelz reparieren

Zahnerosion verhindern

Der Zahnschmelz ist die härteste Substanz des menschlichen Körpers, aber keinesfalls unverwundbar. Vor allem Säure greift den natürlichen Schutzmantel der Zähne an und zerstört dessen Mineralstruktur. Dadurch entstehen mikroskopisch kleine Risse und Löcher im Zahnschmelz, der zu 98 Prozent aus Hydroxylapatit besteht. Dies ist ein kristallines Material, dessen Hauptbestandteile Calcium und Phosphat sind. Und ausgerechnet diese Bestandteile löst Säure aus dem Zahnschmelz heraus. Die Folge: Die Zähne werden empfindlicher, brüchiger und im Alter sogar durchsichtiger und kleiner. Ein geeignetes Mittel zum Schutz vor Zahnerosion gab es bislang nicht. Wissenschaftlern ist es jetzt jedoch gelungen, Hydroxylapatit (in Kombination mit Zink-Carbonat) in einer so neuartigen Struktur herzustellen, dass beschädigter Zahnschmelz damit repariert werden kann. Und Zahnbelag verhindert wird.

Schon in den 80er Jahren ergaben Untersuchungen, dass man mit Hydroxylapatit gute Erfolge in der Behandlung überempfindlicher und freiliegender Zahnhälse erzielen kann. Die zahnähnliche Substanz Hydroxylapatit wurde dazu einer Zahnpasta beigemischt. Nach zwei Tagen der Anwendung war das mit dieser Paste behandelte Dentin selbst gegenüber Elektrostimulation schmerzunempfindlich. Die offenliegenden Dentinkanälchen waren durch Anlagerung des Mineralsalzes Hydroxylapatit dicht verschlossen worden.

Ein Team von Wissenschaftlern unter der Leitung von Prof. Dr. Matthias Hannig (Universitätsklinik Homburg/ Saar) hat jetzt erstmals nachgewiesen, dass eine Verbindung aus Zink-Carbonat-Hydroxylapatit Zahnschmelz vor Erosion schützen kann. Die einzigartige Wirkstoff-Kombination hat der Spezialist für organische Oberflächen, Prof. Dr. Norberto Roveri von der Universität Bologna, entwickelt. Sie repariert verlorene Substanz, indem sie sich selbstständig (bioaktiv) mit dem natürlichen Zahnschmelz verbindet.

Roveri ist es als erstem Wissenschaftler gelungen, die Größe und Struktur seiner Wirkstoff-Partikel so einzustellen, dass sie auch in mikroskopisch kleinste Risse und Löcher eindringen können. Erodierter Zahnschmelz wird dadurch automatisch repariert. Ein Effekt, der zahlreichen Menschen helfen könnte: Denn einer Studie zufolge ist der Zahnschmelz bei fast jedem fünften Erwachsenen zwischen 35 und 44 Jahren beschädigt. Die Untersuchungen wurden zunächst im Laborexperiment durchgeführt, um unter maximal standardisierten Versuchsbedingungen die Vorgänge nachzuweisen. Dieser Effekt konnte von Prof. Hannig „in vivo“ – also unter realen Bedingungen in der Mundhöhle – bestätigt werden.

Bei der „In-vivo-Untersuchung“ haben drei Versuchspersonen jeweils zwei, sechs und 24 Stunden lang eine Oberkiefer-Schiene getragen, an der Schmelzprüfkörper montiert waren. Die eine Hälfte der Proben war zuvor 30 Sekunden lang mit Phosphorsäure angeätzt worden, um künstliche Erosionen an der Schmelzoberfläche zu erzeugen. Anschließend wurden die Proben mit Zink-Carbonat-Hydroxylapatit-Lösung behandelt und in den Mund eingesetzt. Nach dem Versuch wurden die Schmelzprüfkörper elektronenmikroskopisch analysiert. Es zeigte sich, dass sich das Hydroxylapatit auf dem Zahnschmelz ein- und aufgelagert und so die winzigen Defekte teilweise repariert hatte. Im Vergleich mit den unbehandelten Schmelzproben erwiesen sich die Ätzspuren durch die Phosphorsäure als deutlich abgeschwächt.

Auch unter den widrigen Bedingungen der Mundhöhle (Speichel, Bakterien) lagert sich also mikrokristallines Zink-Carbonat-Hydroxylapatit an der Zahnschmelzoberfläche an, so Hannigs eindeutige Feststellung. Sobald diese Schutzschicht in Kontakt mit Säure kommt, zum Beispiel durch die Nahrungsaufnahme, zerfällt die angelagerte Substanz in winzige Bestandteile. Es bildet sich zusammen (mit Proteinen) aus Speichel ein natürliches Biokomposit, das kleinste Defekte in der Zahnschmelz-Oberfläche beseitigt. „Aufgrund der Befunde kann man schlussfolgern, dass Zink-Carbonat-Hydroxylapatit reparative Prozesse am Zahnschmelz unterstützt, indem eine Schicht aus Hydroxylapatit und Proteinen auf der Zahnoberfläche gebildet wird“, fasst Professor Hannig seine Untersuchungsergebnisse zusammen.

Im Rahmen der in vivo Untersuchungen konnte ein interessanter Nebenbefund beobachtet werden. Zink-Carbonat-Hydroxylapatit aus dem BioRepair Fluid wird in die Schicht aus adsorbierten Speichelproteinen (Pellikel) an der Schmelzoberfläche eingebunden, so dass die bakterielle Adhärenz modifiziert und der sich

bildende bakterielle Biofilm eindeutig reduziert wird. Dies belegen elektromikroskopische Analysen. Prof. Hannig: „Die Bildung bakterieller Plaque wird erschwert.“

Die Dr. Wolff-Forschung hat sich diese neue Erkenntnis zunutze gemacht und die neue Zahncreme und Mundspülung BioRepair auf den Markt gebracht. Damit ist eine einfache Anwendung beim Zähneputzen zum Schutz vor Zahnerosion möglich. BioRepair enthält Moleküle aus der beschriebenen zahnschmelzähnlichen Substanz Hydroxylapatit (in Kombination mit Zink-Carbonat). Diese Substanz repariert die nanofinen Defekte des Zahnschmelzes und reduziert die Neubildung von Zahnbelag. In der Folge wird dadurch auch Karies und Zahnfleischproblemen vorgebeugt. Gleichzeitig vermindert BioRepair die Empfindlichkeit der Zähne.

Quelle: Dr. Wolff-Forschung

Symposium: Finanzschwache Patienten und Praxen unter Druck

Welche Antworten liefert die Zahnmedizin?

Schätzungen zufolge stehen - je nach Region - bis zu 30 % aller Praxen vor der Insolvenz oder bereits mitten drin, und viele rücken nach: Auch an der Zahnmedizin geht das gesellschaftliche Splitting in finanzschwache und finanzstarke Gruppen und damit eine Bedrängung der wirtschaftlichen Mitte nicht spurlos vorbei.

Kein Wunder: Zahnarztpraxen arbeiten nicht im gesellschaftsfreien Raum. Auch bei den Patienten gibt es eine wachsende Gruppe finanziell Schlechtergestellter oder auch Ausgabenkritischer, die Anspruch auf eine seriöse zahnärztliche Versorgung haben. Wo steht hier die Zahnmedizin, was hat sie für diese Patienten zu bieten, und wie überleben Praxen in dieser Situation? Wie führt man seine Praxis zwischen Empathie für die Armut der Patienten - und der Sorge vor dem eigenen Crash? Diese Fragen stehen im Zentrum des 1. Hirschfeld-Tiburtius-Symposiums des Dentista Verbandes am Samstag, 6. Juni, in Berlin, das sich an den gesamten Berufsstand richtet von Wissenschaft über Politik bis zur Praxis.

Das dreigeteilte Programm beleuchtet im ersten Teil die gesellschaftliche Entwicklung und damit die Seite der Patienten und prüft, wie sich der sozioökonomische Trend entwickelt, für welche zahngesundheitlichen Probleme vermehrt Lösungen gefunden werden müssen und ob sich sozial schwächere Menschen tatsächlich nicht für gesundheitliche Themen und präventives Verhalten interessieren lassen. In Teil 2 geht es um die Zahnmedizin als Fach und hier speziell um den Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit einer Versorgung - was keineswegs automatisch dasselbe ist. Teil 3 richtet den Blick auf die Praxen, zeigt auf, welche Strukturen am ehesten überleben werden, wie man praxiserhaltend abrechnen sollte und welche rechtlichen Möglichkeiten Zahnärzte bei säumigen Zahlern haben.

Das Symposium ist der 1. Zahnärztin Deutschlands gewidmet, Henriette Hirschfeld-Tiburtius, die in diesem Jahr 175. Geburtstag gefeiert hätte. Ihre Klientel waren vor allem sozial schwache Bevölkerungskreise, aufgrund der guten Leistungen aber auch der königliche und später der kaiserliche Hof. Die Tagung findet statt in der kleinen, aber noblen Kaiserin-Friedrich-Stiftung in Nachbarschaft der historischen Charité, benannt nach einer der Patientinnen von Hirschfeld-Tiburtius, Prinzessin Viktoria, der späteren Königin und verwitweten Gattin des 99-Tage-Kaisers Friedrich III.

Informationen und Anmeldung unter www.dentista-club.de Bereich Veranstaltungen bzw. über info@dentista-club.de.

Quelle: <http://www.dentista-club.de>

Nicht so oft die Hände waschen!

In zahlreichen Berufen müssen die Beschäftigten hygienisch saubere Hände haben. Deswegen waschen sie diese sehr häufig. Damit schädigen sie aber auf Dauer ihre Haut, warnt die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) und rät zur Händedesinfektion.

Im professionellen Bereich ist die Händedesinfektion immer dann sinnvoll, wenn verhindert werden soll, dass Keime übertragen werden. „Sind die Hände nicht sichtbar verschmutzt, sollte man sie nicht waschen, sondern besser desinfizieren“, so Dr. Pohrt. Die Desinfektion auf der Basis von Alkohol tötet Keime ab, ist wirksamer als Waschen und belastet die Haut kaum. Die Mittel trocknen schnell ab und verursachen keine Allergien. Rückfetter verhindern eine übermäßige Austrocknung und glätten die Hautoberfläche. Handdesinfektionsmittel sind pH-neutral und hautverträglich.

Zu häufiges Waschen hingegen, insbesondere mit Seife, entzieht der Haut die schützenden Fette und beeinträchtigt ihre natürliche Schutzfunktion. Grobes Reinigen mit Waschpaste und Bürste beansprucht sie zusätzlich. Die Haut wird rau, rötet und schuppt sich und lässt nun sensibilisierende Stoffe, die eine Allergie auslösen können, leichter durch. Wenn die Hände nach einer Desinfektion brennen, handelt es sich allerdings nicht um eine allergische Reaktion auf das Mittel. Es zeigt vielmehr, dass die Haut schon geschädigt ist und der Alkohol in tiefere Hautschichten gelangt. Das Händewaschen sollte gerade dann weiter reduziert und der Hautschutz verstärkt werden.

„Wer nach einer Verschmutzung die Hände waschen muss“, so die BGW-Expertin weiter, „sollte ein Waschsyndet mit hautneutralem pH-Wert um 5,5 sowie möglichst ohne Duft- und Parfümstoffe verwenden. Am besten ist es, durch geeignete Arbeitstechniken und Hilfsmittel eine Verschmutzung der Hände grundsätzlich zu vermeiden. Auch Schutzhandschuhe sind eine Möglichkeit. Zudem gibt es spezielle Hautschutzcremes, die man vor Schmutztätigkeiten auftragen kann. Sie erleichtern die anschließende Hautreinigung.“

Quelle: bgw - <http://www.bgw-online.de>

Das effektive Training für Qualitätssicherung in der Praxishygiene

Hygienemanagement vom Hygiene-Experten: Damit ist die Praxis innerhalb kurzer Zeit fit

Zu den wesentlichen Aufgaben jedes Praxisteams gehört es, die Hygienemaßnahmen absolut souverän im Griff zu haben. Doch die Anforderungen an die Dokumentation steigen mit dem heute gesetzlich geforderten Qualitätsmanagement. Seine Umsetzung in die Praxis bedeutet zudem eine Erweiterung der allgemein gehaltenen Hygienepläne an die eigenen Arbeitsabläufe, Räumlichkeiten, Praxisorganisation etc. – ein Berg von Arbeit. Deutlich leichter überwinden lässt er sich mit Hilfe des Dürr Dental Hygienemanagements, dem effektiven Training durch professionelle Hygiene-Experten.

Klar geregelte Arbeitsabläufe, eindeutig zugeordnete Verantwortlichkeiten und kontrollierte Prozesse sind die Ziele eines optimalen Hygienemanagements. Wie dies im Ergebnis aussieht, erschließt sich jedoch selten anhand nüchterner Gesetzestexte und theoretischer Schulungen. Eine effektive „Hilfe zur Selbsthilfe“ für die Praxis bietet das Hygienemanagement von Dürr Dental.

Eine erfahrene Expertin nimmt das Praxisteam an die Hand und führt es in zwei Besuchsterminen in der Praxis zum Ziel. Zentrales Hilfsmittel ist dabei der elektronische Hygieneguide. Dieser dient zum schnellen Nachschlagen am PC und ersetzt viele schwere Handbücher. Außerdem enthält er über 300 Formulare für Arbeitsanweisungen, Checklisten, Mitarbeiterprofile usw. in den gängigen Office-Formaten. Damit ist ein Großteil der Arbeit schon erledigt, denn diese Vorlagen lassen sich mühelos auf die Bedürfnisse der eigenen Praxis hin maßschneidern. Individualisiert mit Praxisnamen und -logo entsteht ein elektronisches Handbuch anstelle des häufig vorliegenden unüberschaubaren Papierkriegs. Äußerst praktisch ist auch der Praxis-Organizer. Er organisiert transparent die gesamten Aufgaben und Termine im Team.

Wie das Vorgehen im Einzelnen aussieht, erläutert die Expertin von Dürr Dental beim ersten Termin. Das Team folgt dieser Strategie, führt die so geschaffenen neuen, praxiseigenen Hygiene-Richtlinien in den Alltag ein, und nach etwa acht Wochen werden bei einer zweiten Schulung die Abläufe bewertet und, wo nötig, vervollständigt.

Die fachkundige Begleitung führt jedes Team zum effizienten Hygienemanagement. So ist die Praxis bestens gerüstet und kann auch einer behördlichen Begehung beruhigt entgegenblicken. Darüber hinaus profitiert das ganze Team durch zusätzliche Sicherheit und deutlichen Zeitgewinn. Weitere Informationen sind im dentalen Fachhandel oder direkt bei Dürr Dental erhältlich.

Quelle: <http://www.kaschnypr.de/> - <http://www.duerr.de>

Analyse der Situation deutscher Studienanfänger

Mit der Veröffentlichung der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten bundesweiten Untersuchung von Erstmatrikulierten des Wintersemesters 2007/08 legt HIS eine aktualisierte Neuauflage seines umfassenden Nachschlagewerks zur Situation deutscher Studienanfängerinnen und Studienanfänger vor. Hier einige der zentralen Ergebnisse:

Drei von vier Erstmatrikulierten haben vor Aufnahme ihres Studiums ein Zulassungsverfahren durchlaufen. Seit Beginn des neuen Jahrtausends zeichnen sich dabei zwei wesentliche Trends ab: Der Anteil der in zentralen Vergabeverfahren (ZVS) zugeteilten Studienplätze geht weiter zurück (von 32 Prozent 2000/01 auf 22 Prozent), während örtliche Zulassungsbeschränkungen im gleichen Zeitraum an Bedeutung gewinnen (von 48 Prozent auf 74 Prozent).

Einer über den Nachweis der Hochschulreife bzw. Abschlussnote hinausgehenden Hochschuleingangs-, Aufnahme- oder Eignungsprüfung mussten sich zwar lediglich 14 Prozent aller Erstmatrikulierten unterziehen (im Wintersemester 2003/04 betrug dieser Anteil 7 Prozent). Gleichzeitig stimmt aber nur gut die Hälfte der Studienanfänger der Aussage zu, die Hochschulreife befähige in ausreichendem Maße zum Studium. Etwas mehr als jeder und jede Dritte hält (wohl deshalb) Aufnahmeprüfungen für in hohem Maße zweckmäßig.

Den Studienanfängerinnen und Studienanfängern sind bei der Hochschulwahl mehrheitlich vor allem hochschulinterne Faktoren und hier insbesondere ein den fachlichen Interessen entsprechendes Studienangebot wichtig. Einen zentralen Stellenwert nimmt aber auch nach wie vor die Nähe der Hochschule zum Heimatort ein. Zwei von drei Erstmatrikulierten richten ihre Hochschulwahl auch nach diesem Aspekt und für 18 Prozent ist er sogar entscheidend. Keine Studiengebühren zahlen zu müssen, war für ein knappes Drittel ein (sehr) wichtiges Wahlmotiv (Wintersemester 2006/07: 43 Prozent); für 7 Prozent der Erstsemester ist es sogar das letztlich ausschlaggebende, etwas mehr als ein Jahr zuvor.

Guter Verdienst (77 Prozent) und sich ständig neuen Herausforderungen zu stellen (69 Prozent) sind die Hauptziele der Studienanfängerinnen und Studienanfänger für ihren künftigen Berufs- und Lebensweg. Neben karriere- und erfolgsorientierten Berufszielen (z. B. gute Aufstiegschancen, eine leitende Funktion einnehmen), stehen vor allem leistungsbezogene Ziele (in fachlicher Hinsicht Überdurchschnittliches leisten, intensive Bildungsphasen auch während der Berufstätigkeit wahrnehmen) im Vordergrund. Aber auch das Private soll nicht zu kurz kommen: Mehr als die Hälfte der Erstmatrikulierten will sich keinesfalls zu sehr vom späteren Beruf vereinnahmen lassen; ein Drittel wünscht sich möglichst viel Freizeit.

Quelle: HIS - <http://www.his.de/>

Sonderaktion der für Studenten

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank (apoBank) bietet Studenten der Zahnmedizin derzeit eine besonders attraktive Vergünstigung.

Angehende Zahnärzte, die zwischen dem 6. April und dem 30. November 2009 ein Konto bei der apoBank eröffnen, erhalten einen Gutschein über 40 Euro vom Dentallabor Henry Schein. Auch wer bereits Kunde des Finanzdienstleisters Nummer eins im Gesundheitswesen ist, profitiert: Beim Einkauf in allen Henry Schein-Unishops winkt ein Rabatt von 5 %.

Über dieses aktuelle Angebot hinaus bietet die apoBank den Studenten der Heilberufe seit Jahrzehnten den kompletten Service einer Universalbank. Dazu gehören ein Girokonto zum Nulltarif, ein kostenfreies Kreditkartendoppel VISACARD Gold und MasterCard Gold sowie ein apoStudienkredit und eine kostenfreie Depotverwahrung. Weitere Details hierzu finden sich unter <http://www.apobank.de/Student>

Der europäische Durchschnittsstudent

Das Durchschnittsalter der Studierenden in Europa liegt zwischen 21 und 27 Jahren. Mit 24,6 Jahren sind die Studierenden in Deutschland im Vergleich keineswegs sonderlich alt. Auch die durchschnittliche Studiendauer in Deutschland fällt mit 5,6 Jahren nicht aus dem europäischen Rahmen.

Der Frauenanteil unter den Studierenden ist nur in der Türkei und Slowenien noch niedriger als in Deutschland (48 Prozent), am höchsten ist er in Lettland (66 Prozent) und Schweden (65 Prozent). Lediglich 5 Prozent der Studierenden kommen in Deutschland über nicht-traditionelle Wege, zum Beispiel eine Berufsausbildung, an die Hochschule; Spitzenwerte erreicht Schweden mit 36 Prozent.

Studierende aus Arbeiterfamilien kommen in Deutschland nur äußerst selten an die Hochschulen. Deutschland liegt mit seiner hohen sozialen Selektivität im letzten Drittel. Deutsche Studierende haben mit 750 Euro relativ hohe monatliche Einnahmen, nur England/Wales, Schweden und die Schweiz liegen darüber.

Die Studienfinanzierung geschieht in Deutschland zu 58 Prozent durch Eltern, zu 28 Prozent durch eigene Erwerbstätigkeit, und zu 14 Prozent durch den Staat (Schweden 63 Prozent Staat, 24 Prozent Erwerbstätigkeit und 13 Prozent Eltern). In Deutschland sind 65 Prozent aller Studierenden erwerbstätig (oberes Drittel).

Im Bereich **Auslandsaufenthalte** liegt Deutschland mit 17 Prozent aller Studierenden an zweiter Stelle hinter Norwegen (19 Prozent). 8 Prozent haben ihr komplettes Studium im Ausland absolviert. Mobilität bleibt aber abhängig vom sozio-ökonomischen Hintergrund, das größte Hindernis auf dem Weg ins Ausland sind finanzielle Gründe (57 Prozent), gefolgt von unzureichender Unterstützung durch die Hochschule (48 Prozent).

Quelle: EUROSTUDENT [I], Social and Economic Conditions of Student Life in Europe. Synopsis of Indicators, September 2008. <http://www.eurostudent.eu>

Bio erobert Deutschlands Hochschulmensen

Bio erobert die Hochschulmensen in Deutschland.

45 der insgesamt 58 Studentenwerke bieten in mehr als 140 Mensen Bio-Essen an. Das teilt das Deutsche Studentenwerk (DSW) als Bundesverband aller Studentenwerke mit. In der Gunst der Studierenden die Nase ganz weit vorne hat das Studentenwerk Osnabrück. Es belegt mit seiner "Mensa am Schlossgarten" in Osnabrück und seiner Mensa in Vechta die beiden Spitzenplätze in der Wertung "Bio-Mensa" beim Studierenden-Wettbewerb "Mensa des Jahres" der Hochschulzeitschrift UNICUM. Das Studentenwerk Bremen belegt mit seiner Unimensa am Boulevard den dritten Platz.

Zur Preisverleihung in Osnabrück freut sich Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks: "Die Studentenwerke gehören zu den größten Bio-Anbietern der deutschen Gemeinschaftsverpfleger. Das Angebot reicht von Komplettmenüs über Backwaren bis hin zu Getränken." 45 der insgesamt 58 Studentenwerke bieten in ihren Mensen Bio-Essen; 33 Studentenwerke unterziehen sich den strengen Kontrollverfahren nach der EG-Ökoverordnung und tragen das offizielle Bio-Siegel.

"Die Studentenwerke sind Bio-Pioniere. Sie setzen sich schon seit vielen Jahren für Bio-Essen ein, lange vor der großen Bio-Welle seit der Jahrtausendwende", betonte Meyer auf der Heyde. "Die Hunderttausenden von Studierenden und Hochschulangehörigen, die täglich in den Studentenwerks-Mensen essen, greifen gerne zu beim immer größeren Bio-Angebot." Die 58 Studentenwerke betreiben an Deutschlands Hochschulen rund 740 Mensen, Cafeterien und Bistros. Mit dieser Hochschulgastronomie erzielten die Studentenwerke im Jahr 2007 einen Gesamtumsatz von 319 Millionen Euro.

Quelle: <http://www.mensadesjahres.de>

Auf dem Weg von der persönlichen zur virtuellen Kommunikation?

Veränderungen der Gesprächskultur in Deutschland

Die modernen Kommunikationstechnologien verändern die Kommunikationskultur und haben in den letzten Jahren zu einer Auseinanderentwicklung der Kommunikationswelten der verschiedenen Generationen geführt. Das zeigt eine Untersuchung, die das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH im Auftrag von BILD der FRAU und der Firma JACOBS durchgeführt hat.

Während zwei Drittel der 30- bis 44-Jährigen und rund 70 Prozent der 45-Jährigen und Älteren das persönliche Gespräch als die angenehmste Form empfinden, um sich mit anderen auszutauschen, ist dies nur bei der Hälfte der 20- bis 29-Jährigen und gerade einmal bei 36 Prozent der Unter-20-Jährigen der Fall. Statt sich von Angesicht zu Angesicht zu unterhalten, telefonieren Unter-20-Jährige lieber ausführlich, smsen, chatten oder schreiben sich E-Mails. Zwei Drittel der Unter-20-Jährigen chatten gern im Internet, 52 Prozent telefonieren gerne ausgiebig; ebenso viele schreiben am liebsten eine SMS, wenn sie ihren Freunden schnell etwas mitteilen möchten. Das Internet hat auch zu einer Renaissance der schriftlichen Kommunikation geführt. Zwar schreiben nur 11 Prozent der Unter-20-Jährigen gerne Briefe, 47 Prozent jedoch gerne E-Mails. Damit kommunizieren sie weitaus mehr auf schriftlichem Wege als die mittlere oder ältere Generation. Von den 60-Jährigen und Älteren schreiben nur 3 Prozent gerne E-Mails, aber auch nur 20 Prozent gerne Briefe.

Junge SMS-Fans: ungeduldiger und oberflächlicher

Die präferierten Kommunikationswege beeinflussen auch die Kommunikationsstile und -inhalte. Eine getrennte Analyse von 14- bis 19-Jährigen, die mit ihren Freunden besonders gern via SMS Kontakt halten, und Gleichaltrigen, die andere Kommunikationswege präferieren, zeigt, dass die SMS-Fans wesentlich ungeduldiger sind. Jeder dritte jugendliche SMS-Anhänger wird bei längeren Gesprächen schnell ungeduldig, dagegen nur jeder Fünfte von den Gleichaltrigen, die lieber auf anderem Wege kommunizieren. 14- bis 19-Jährige, die andere Kommunikationswege präferieren, wundern sich dagegen weit überdurchschnittlich über die Oberflächlichkeit und Belanglosigkeit vieler Gespräche, haben überdurchschnittlich Meinungsführerqualitäten und geben eher auch Persönliches von sich preis.

Gesellschaftliche Gesprächsthemen für die Bevölkerung nur zweitrangig

Generell dominieren die „Nahthemen“ die persönliche Kommunikation. 73 Prozent der gesamten Bevölkerung unterhalten sich häufiger über Neuigkeiten aus dem Freundes- und Bekanntenkreis, 66 Prozent über Ereignisse des Alltags, 62 Prozent über die Familie, 58 Prozent über Beruf, Urlaub und Reisen. Auch medizinische Fragen, Neuigkeiten aus der Nachbarschaft und aus der näheren Umgebung, Ernährung und Zukunftspläne gehören zu den Themen, über die sich die Mehrheit der Bevölkerung häufiger unterhält. Politik und Wirtschaft oder auch Umweltthemen spielen demgegenüber eine deutlich untergeordnete Rolle - es sei denn in einer Ausnahmesituation, wie sie zurzeit gegeben ist. Aktuell führt der neue amerikanische Präsident die Gesprächsthemen an, gefolgt von der Wirtschaftskrise.

Die Enttabuisierung der Intimsphäre - eine Fiktion

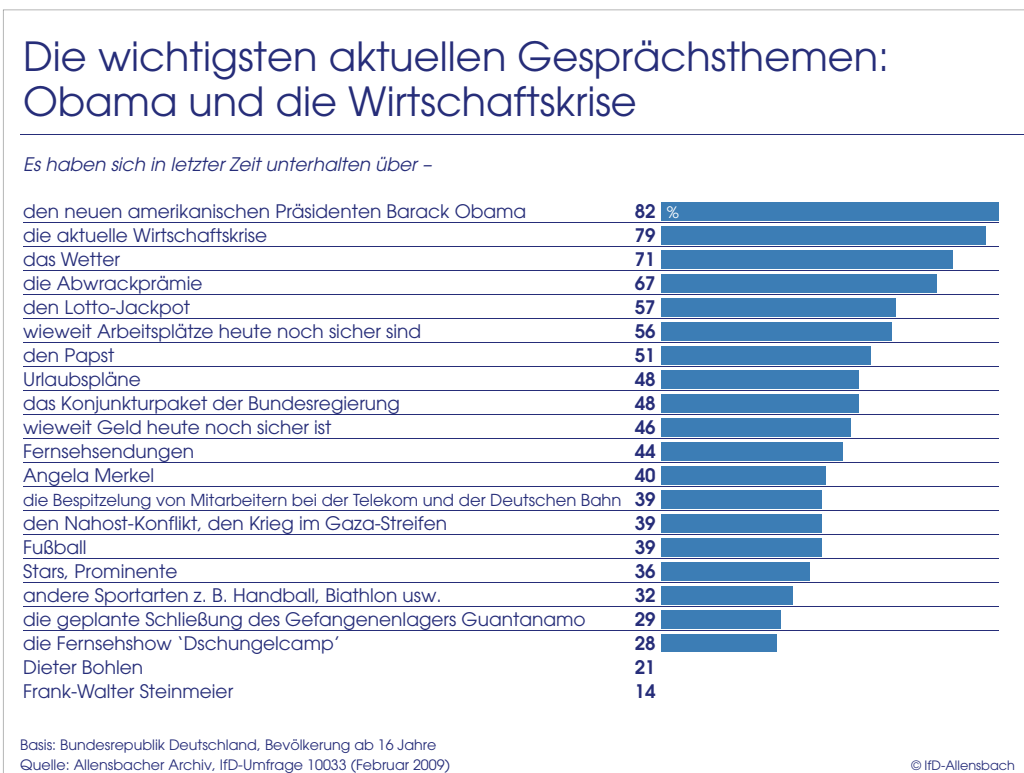
So gern die große Mehrheit über eigene Erlebnisse und Erfahrungen spricht, gibt es trotzdem Tabufelder, über die die Mehrheit kaum mit anderen sprechen mag, selbst nicht mit guten Freunden und engen Angehörigen. Obwohl die Medien teilweise die Enttabuisierung der Intimsphäre suggerieren, steht Sexualität ungeboren an der Spitze der Themen, über die die Bevölkerung kaum mit anderen sprechen mag. Die Abneigung, sich über dieses Thema mit anderen auszutauschen, hat sich in den letzten Jahren sogar verstärkt. 2005 zählten 61 Prozent der Bevölkerung Sexualität zu den Themen, über die man sich nur ungern mit anderen austauscht, heute 64 Prozent. Auch die Abneigung, über Beziehungsprobleme mit anderen zu kommunizieren, hat zugenommen wie auch der Wunsch, die finanzielle Intimsphäre abzuschotten. 61 Prozent der Bevölkerung möchten mit anderen nicht über ihre finanzielle Lage sprechen, 48 Prozent auch nicht,

wenn sie ausgesprochene Geldsorgen haben. Lediglich die Unter-20-Jährigen sind in dieser Beziehung wesentlich unbefangener und benennen insgesamt weniger Tabuthemen.

Affinität zu verschiedenen Kommunikationskanälen

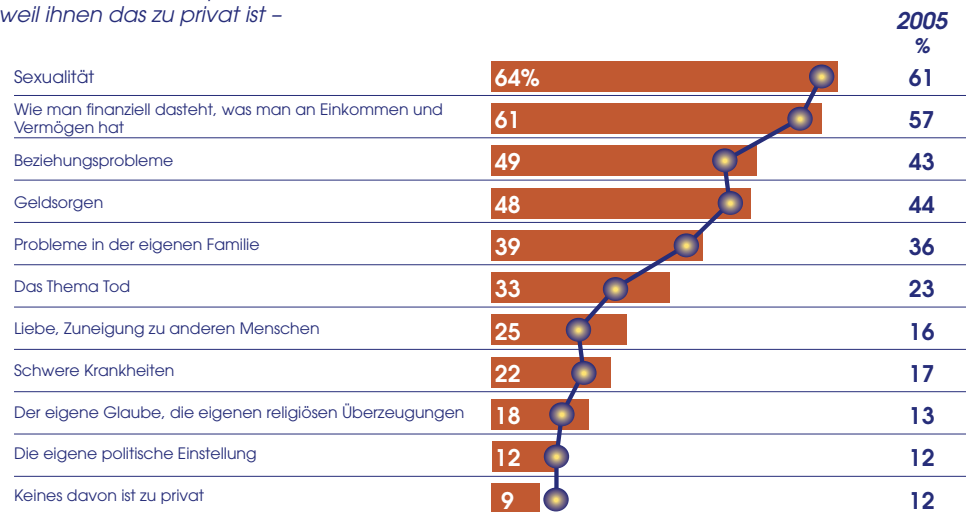
	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen				
		14-19 Jahre	20-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
	%	%	%	%	%	%
Für mich ist ein persönliches Gespräch die angenehmste Form, um mich mit anderen auszutauschen	63	36	51	65	70	69
Ich telefoniere gerne ausgiebig	31	52	35	32	27	25
Ich schreibe gerne E-Mails	17	47	28	23	13	3
Ich chatte gern im Internet	15	67	33	14	7	2
Wenn ich Freunden etwas mitteilen möchte, schreibe ich am liebsten eine SMS	15	52	32	16	8	2
Ich schreibe gerne Briefe	14	11	11	10	13	20

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 14 Jahre
Quelle: 'Gesprächskultur in Deutschland', Studie des Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag von Bild der Frau und Jacobs Krönung



Sexualität und die eigene finanzielle Lage sind für die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor Tabuthemen

Über dieses Thema sprechen kaum mit anderen, weil ihnen das zu privat ist –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 bzw. ab 14 Jahre

Quelle: 'Gesprächskultur in Deutschland', Studie des Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag von Bild der Frau und Jacobs Krönung © IfD-Allensbach

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach - <http://www.ifd-allensbach.de/>

"Lob ist Mangelware!"

Die Schultern straffen sich, das Belohnungszentrum im Vorderhirn schüttet den euphorisierenden Botenstoff Dopamin aus, Stolz durchflutet unseren Körper: Von kaum einem anderen Gefühl sind wir so sehr abhängig wie von dem, das Lob in uns auslöst, berichtet das Gesundheitsmagazin HEALTHY LIVING in einem großen Dossier der aktuellen Ausgabe (Ausgabe 05/2009).

Anerkennung ist ein Motivator, ein Glückmacher. So hat der US-Psychologe Prof. Albert Bandura nachgewiesen, dass sich Menschen, die regelmäßig gelobt werden, höhere Ziele stecken, denen sie sich stärker verpflichtet fühlen. Wer gelobt wird, bemüht sich, diesem Lob gerecht zu werden. Anerkennung kann unseren Einsatzwillen über Monate hinweg steigern - denn Dopamin sorgt im Gehirn dafür, dass sich das Erfolgserlebnis ins Langzeitgedächtnis einprägt.

Die Crux aber ist: Die meisten Deutschen fühlen sich nicht genug gewürdigt, vor allem im Beruf. Prof. Johannes Siegrist, Direktor des Instituts für Medizinische Soziologie an der Uni Düsseldorf, bestätigt dieses Gefühl: "Lob ist in deutschen Unternehmen Mangelware!" Und dieses Fehlen hat eklatante Folgen: Wenn Menschen für ihre Leistungen nicht angemessen gelobt und belohnt werden, werden sie nachweislich häufiger krank. Jedes Mal, wenn eine erwartete Anerkennung ausbleibt, löst das Belohnungszentrum im Gehirn eine Stressreaktion aus - und das Risiko für ansonsten gesunde Menschen, in den kommenden zehn Jahren einen Herzinfarkt oder eine Depression zu bekommen, verdoppelt sich.

HEALTHY LIVING rät in der aktuellen Ausgabe dazu, sich selbst zu helfen und gibt alltagstaugliche Tipps, wie man mehr Anerkennung in sein Leben bekommt. Drei Beispiele:

1. Selbst mehr loben! Werden Sie aufmerksamer für Ihr Umfeld. Eine anerkennende E-Mail oder ein unerwartetes Lob verschönern anderen den Tag, wenn sie von Herzen kommen. Eine Freundlichkeit mit Bumerang-Effekt! 2. Auf eigene Stärken achten! Ändern Sie Ihren Blickwinkel. Konzentrieren Sie sich eine Woche lang nur darauf, wo Ihre Stärken liegen und was Ihnen alles gelingt. Zum Beispiel abends vor dem Einschlafen. Eigenlob ist erwünscht! 3. Anerkennung einfordern! Wer vom Chef kein lobendes Wort hört, kann auch selbst um Feedback bitten. Zu hören, was man gut gemacht hat, am besten im Detail, hilft darüber hinaus, sich selbst besser einzuschätzen - dies gilt übrigens auch für die Beziehung zum Partner!

Quelle: HEALTHY LIVING

Warum Lügen lebensnotwendig sind

Ob Flunkereien aus Höflichkeit oder kleine Schwindeleien, um besser dazustehen - kleine Alltagslügen kennt jeder.

Wie die Frauenzeitschrift FÜR SIE berichtet, sagen wir bis zu zweihundertmal am Tag die Unwahrheit. Laut dem Wiener Soziologen Peter Stiegnitz ein völlig normales Verhalten. "Lügen ist erlaubt - und auch nützlich -, soweit man mit der Lüge einem anderen Menschen bewusst keinen Schaden zufügt." Schließlich würde ohne Lügen jegliche Kommunikation und Gemeinschaft zusammenbrechen. Wer jedem seine ehrliche Meinung ins Gesicht sagt, hat rasch keine Freunde mehr.

Auch Kinder lernen das Lügen früh. Bewusst tun sie es bereits ab vier Jahren. Unterschiede gibt es bei den Geschlechtern: Männer flunkern häufiger als Frauen - meist um sich in ein besseres Licht zu rücken. Frauen dagegen sind sozialer, schummeln eher zum Wohlbefinden anderer.

Laut Experte Stiegnitz lügen wir besonders oft im Job. Fehler werden mit fadenscheinigen Ausreden kaschiert oder auf Kollegen abgewälzt, bei Bewerbungsgesprächen und Verhandlungen wird taktisch getäuscht. Zugleich ist Lügen auch eine Frage der Kommunikationsart: Im direkten Face-to-Face-Gespräch wird eher selten geschwindelt, am Telefon dafür umso mehr. Per E-Mail dagegen wird wenig gelogen, da die Gefahr, im Nachhinein entlarvt zu werden, bleibt.

Tröstlich: Die meisten Lügen sind nicht geplant, die Mehrzahl besteht aus Übertreibung oder dem Weglassen von Informationen. Ob wir die Flunkereien verwerflich oder tolerierbar finden, hängt stark von den zugrunde liegenden Motiven ab. Lügen zur Manipulation werden deutlich schärfer verurteilt als Notlügen, die oft dem Taktgefühl geschuldet sind.

Quelle: FÜR SIE - <http://www.fuer-sie.de>

Umfrage: BMW-Fahrer sind sexier als Käfer-Fahrer

Mit dem Fahrer welches Wagens würden Sie an einer roten Ampel flirten?

Diese Frage stellte die Online-Partnervermittlung ElitePartner.de über 4.000 Singles. Das Ergebnis: Fahrer eines BMW Cabrio haben die größten Flirtchancen. Männer und Frauen haben dabei ganz unterschiedliche Vorlieben: Männer stehen auf Fahrerinnen von Kleinwagen, Frauen auf teure Karren.

Top 5 der Flirt-Mobile

1. BMW Cabrio (41%)
2. Oldtimer (38%)
3. Jeep (29%)
4. Mercedes (26%)
5. VW Käfer (25%)

Frauen stehen auf BMW-Fahrer

Frauen achten selbst bei der Wahl ihres Flirtpartners auf den Status: Jede Zweite flirtet am liebsten mit dem Fahrer eines BMW Cabrios. Dagegen findet nur jeder dritte Mann die Fahrerin dieses Gefährts sexy. Auch ein Mercedes hat nur bei Männern Sex-Appeal: Jede dritte Frau würde mit seinem Fahrer flirten, aber nur 13 Prozent der Männer.

Männer flirten mit Twingo-Fahrerinnen

41 Prozent der Männer flirten am liebsten mit Fahrerinnen von Kleinwagen à la Twingo oder Mini. Dagegen stehen nur zwölf Prozent der Frauen auf Besitzer eines solchen Vehikels. Und jeder vierte Mann findet Smart-Fahrerinnen sexy, aber nur jede zehnte Frau.

Quelle: <http://www.ElitePartner.de>

Weise werden

Wie man die Kunst des guten Lebens erlernt

Feste Werte, ein ausgewogenes Urteilsvermögen und die Kraft, Krisen zu meistern, diese positiven Eigenschaften wünscht sich wohl jeder. Wie die Zeitschrift VITAL berichtet, kann tatsächlich jeder einzelne seine persönliche Weisheit durch etwas Übung schulen und verbessern. "Weisheit ist das Wissen über Wege und Mittel, ein gutes Leben zu führen und Zusammenhänge zu verstehen", formuliert der Weisheitsexperte Paul Baltes.

Fähigkeiten wie Geduld und Durchhaltevermögen sind jedoch in unserer hektischen, globalisierten Welt weitgehend abhanden gekommen, bei vielen dominieren Unsicherheit und Angst das Lebensgefühl. Der Anteil an Jugendlichen, die an Depressionen erkranken, steigt seit Jahren steil an, und auch die Generation 30+ hat oft keine zufriedenstellende Orientierung im Leben gefunden. Wer sich jedoch weigert, wichtige Lebensentscheidungen zu treffen, weil er die Konsequenzen scheut, nimmt sich zugleich die Möglichkeit, an diesen Lebensaufgaben zu wachsen.

Eine Studie über jüngere Erwachsene, die Familie und Beruf vereinbaren mussten, zeigt den Wert weiser Fähigkeiten. Wer innerlich eine klare Entscheidung getroffen hatte, ob Beruf oder Familie wichtiger ist, war zufriedener mit seinem Leben als die Befragten, die beiden Lebensbereichen gleichermaßen gerecht werden wollten. Als weiterer Garant für Zufriedenheit erwies sich in Untersuchungen die Fähigkeit, das Gute im Leben bewusst anzuerkennen. Menschen, die wichtigen Personen in ihrem Leben einen Dankesbrief schrieben oder am Abend die positiven Erlebnisse des Tages notierten, hatten ein überdurchschnittlich gutes Lebensgefühl.

Wer weiser als bislang handeln und leben will, muss sich aktiv darum kümmern. Denn nur bis zum etwa 25. Lebensjahr wächst unsere Lebensklugheit von allein. Danach gilt es, sich einen neugierigen interessierten Blick auf die Welt zu bewahren und aus Erlebnissen zu lernen. Dazu gehört beispielsweise die Erkenntnis, dass nicht die eine, einzige Wahrheit gibt. Weise Menschen sind in der Lage, sich in ihr Gegenüber hineinzuversetzen und Probleme aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Sie wissen, dass Krisen zum Leben gehören und können auch Niederlagen nach einer Weile in ihr gesamtes Leben einsortieren.

Quelle: VITAL - <http://www.vital.de/>

Zweifel an der Richtigkeit von Geschwindigkeitskontrollen

Ungenauere Geschwindigkeitsmessungen, Verwechslungen von Fahrzeugen und mangelhafte Auswertungen durch die Bußgeldstelle sind häufige Ursachen für einen falschen Bußgeldbescheid.

Dies ist das Ergebnis einer Auswertung von über 1800 Bußgeldakten durch die Saarbrücker Sachverständigenorganisation VUT. Nur in jedem dritten Fall hätten die vorgelegten Beweise den Rückschluss erlaubt, dass die zu Last gelegte Tempoüberschreitung so auch tatsächlich begangen worden war. Bei 62 Prozent war nicht nachvollziehbar, ob beispielsweise die Messung korrekt erfolgt war oder ob der Vorwurf überhaupt den richtigen Fahrer traf. In fünf Prozent der Fälle - immerhin jedem zwanzigsten - war der Bußgeldbescheid laut VUT zweifelsfrei falsch. Darüber berichtete der Westdeutsche Rundfunk in seinem Wirtschaftsmagazin "markt xl".

Die VUT-Sachverständigenorganisation, die nach eigenen Angaben in Deutschland bei der Überprüfung von Geschwindigkeitskontrollen führend ist, hatte 1810 Akten aus 2007 bis heute überprüft, bei denen die Fahrer Einspruch erhoben hatten. Gegenüber dem WDR bemängelte die VUT die häufig ungenaue Justierung der Radarmessgeräte. "Wenn ich bei einer Antenne etwa den Messwinkel verändere, sind sofort sieben Prozent Abweichung drin", so Hans-Peter Grün, Sachverständiger bei der VUT. Noch gravierender: Nicht alle Radarfallen seien so eingerichtet, dass das aufgenommene Bild verlässlich den gemessenen Wagen zeige.

Darüber hinaus komme es bei der teilmaschinellen Auswertung in der Bußgeldstelle häufig zu Irrtümern. Laut Akten war einem 70jährigen eine gemessene Geschwindigkeit von 111 km/h in einer Tempo 30-Zone zur Last gelegt worden. Tatsächlich zeigte das Beweisfoto jedoch drei Striche als Zeichen für eine annullierte Messung. "Bei solch dicken Fällen müssten die Sachbearbeiter schon einmal ein Auge mehr auf den Vorgang werfen, bevor der Bescheid raus geht", forderte Sachverständiger Hans-Peter Grün gegenüber dem WDR.

Beim Automobilclub von Deutschland bezeichnete man das Ergebnis der Auswertung als "erschreckend". Dorothee Lamberty, Verkehrsrechtsexpertin des AvD: "Eigentlich liegt die Beweislast beim Staat. Inzwischen muss aber der beschuldigte Autofahrer nachweisen, dass dem Staat Fehler unterlaufen sind." Bei einer solchen Fehlerquote sei dies erst recht inakzeptabel.

Quelle: WDR-Redaktion "markt" - <http://www.wdr.de/tv/markt/>

Spritsparen per Mausklick

Wie viel Sprit der eigene Wagen verbraucht, ist fast jedem Autofahrer bekannt. Wie viel davon aber eingespart werden kann, wird oft falsch eingeschätzt. Die Initiative "ich & mein auto" der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) bietet daher Pkw-Nutzern mit einem interaktiven Spritsparcheck ab sofort die Möglichkeit, mit wenigen Klicks unter <http://www.ichundmeinauto.info> ihr individuelles Spritsparpotenzial zu ermitteln. Neben den Einsparungen gibt das Online-Tool auch konkrete Tipps zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs. Erst kürzlich hatte eine repräsentative Umfrage der Initiative ergeben, dass nur jeder fünfte Autofahrer das Einsparpotenzial von bis zu 300 Euro jährlich richtig einschätzt.

Die Spritsparpotenziale werden individuell für das eigene Fahrzeug berechnet. Zugrunde gelegt werden entweder die Verbrauchsangaben des Herstellers - ein komfortables Menü erlaubt die exakte Bestimmung des eigenen Modells - oder die eigenen Erfahrungswerte. Auch das individuelle Nutzungs- und Fahrprofil wird detailliert abgefragt. So erhält jeder Autofahrer schnell und einfach seine ganz persönliche Auswertung, die anschaulich zeigt, mit welchen Mitteln er Spritverbrauch, -kosten und CO₂-Emissionen wie stark senken kann. Beispielsweise durch die Nutzung von Leichtlaufreifen und -ölen, die den Verbrauch um bis zu zehn Prozent reduzieren.

Wer effektiv sparen will, sollte auch sein eigenes Fahrverhalten kritisch prüfen. Denn zu spätes Hochschalten und ein hektischer Fahrstil führen schnell zu einem Mehrverbrauch von rund zehn Prozent. Zeigt der Spritsparcheck hier Verbesserungspotenzial, empfiehlt sich der Besuch eines Spritspartrainings. Das Training mit einem speziell geschulten Fahrlehrer geht ganz individuell auf den Fahrstil des Teilnehmers ein und bringt ihm insbesondere die wichtigsten Regeln des spritsparenden und vorausschauenden Fahrens bei. Die Initiative "ich & mein auto" der dena hilft mit einer Datenbank im Internet bei der Suche nach einem geeigneten Fahrtrainer.

Weitere Informationen und Tipps zum Spritsparen und eine Datenbank mit qualifizierten Spritspartrainern bietet die Initiative unter der Internetadresse <http://www.ichundmeinauto.info> oder über die kostenlose Energie-Hotline: 08000 736 734.

"ich & mein auto" ist eine Aktionsplattform für die effiziente Pkw-Nutzung. Sie wird von der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) und Partnern aus der Wirtschaft getragen sowie durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert.

Quelle: <http://www.dena.de>

Komplettes Tonstudio im Heimrechner

Zu Hause selber ein Hörbuch produzieren oder ein eigenes Musikstück komponieren - was vor ein paar Jahren noch teure Hard- und Software erforderte, lässt sich heute mit relativ geringem Aufwand auf jedem halbwegs aktuellen PC oder Mac erledigen. Wie das geht, zeigt das c't-Sonderheft "Audio digital".

Die passende Musikuntermalung für das Urlaubsvideo zu finden ist nicht leicht, da die meisten Titel GEMA-geschützt sind. Abhilfe schaffen die Musik- und Soundarchive der Heft-DVD. Sie liefert 3,4 Gigabyte GEMA- und zum Teil lizenzfreie Musik, die sich für den privaten Gebrauch sorgenfrei einsetzen lässt. Damit kann man nicht nur die eigenen Videos vertonen, sondern auch seine eigene Musik produzieren.

Dass dem heimischen PC nicht viel fehlt, um ein komplettes Tonstudio zu ersetzen, wissen die wenigsten. Schon ein durchschnittlicher Rechner verfügt über genügend Rechenleistung, und entsprechende Software gibt es häufig bereits ab der Preisstufe "gratis". Zwar sind bei Soundkarten, Mikrofonen und MIDI-Tastaturen preislich nach oben keine Grenzen gesetzt, doch die erkauften Qualitätszuwächse bei der Audiotechnik fallen für den Amateur nicht so stark ins Gewicht.

Über die aus der Praxis geschriebenen Artikel zum Schlagwort Audio-Produktion hinaus gibt es jede Menge Tipps zum Umgang mit dem heimischen MP3-Archiv. Dabei hilft das c't-Sonderheft beim Grabben von Audio-CDs, Pflegen der ID-Tags einer digitalen Musiksammlung und Entauschen und Entknacksen alter Plattenaufnahmen. Auch die Überprüfung und Reparatur von MP3-Dateien gelingt dank Anleitung und passender Tools auf der Heft-DVD problemlos.

Das c't-Sonderheft "Audio digital" kostet 8,90 Euro und kann unter <http://www.heise.de/kiosk/special/ct/09/02/> innerhalb Europas versandkostenfrei bestellt werden.

Quelle: <http://www.heise.de>

Fernseher werden immer größer und laufen länger

Bei Fernsehern geht der Trend zu immer größeren Geräten, die immer länger laufen - und damit zu höheren Stromkosten. In den meisten deutschen Haushalten hat das TV-Gerät eine Bildschirmdiagonale von 66 Zentimetern und mehr und ist durchschnittlich etwas länger als vier Stunden täglich an. Dies zeigt eine für die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) im Rahmen der Initiative Energie-Effizienz durchgeführte repräsentative Bevölkerungsumfrage von Emnid*. Im Vergleich zum Jahr 2006 läuft der Fernseher damit schon fast eine Viertelstunde länger. Und während vor zwei Jahren nur rund 20 Prozent der Geräte eine Bildschirmdiagonale von 80 Zentimetern und mehr erreichten, sind es heute bereits etwa doppelt so viele. Gerade die größeren Fernsehgeräte führen zu erhöhten Stromkosten. Denn je größer der Bildschirm, desto höher der Stromverbrauch, egal ob Röhre, Plasma oder LCD.

Die Initiative EnergieEffizienz rät Verbrauchern deshalb, beim Kauf eines Fernsehers genau zu prüfen, welche Bildschirmdiagonale zu ihren individuellen Ansprüchen passt, statt einfach zum größten Gerät zu greifen. Mehr Bildschirmdiagonale heißt nicht automatisch "besseres Bild" - aber immer "mehr Energieverbrauch". Zusätzlich lohnt es sich auch bei Geräten gleicher Größe genau hinzusehen, denn selbst bei Fernsehern mit übereinstimmender Bildschirmdiagonale und Ausstattung können Stromverbrauch und -kosten im Betrieb um bis zu 60 Prozent voneinander abweichen. Eine niedrige Leistungsaufnahme im Betrieb bzw. On-Mode ist besonders wichtig, um die Stromkosten im Griff zu behalten. Auch im Stand-by sollte auf eine niedrige Leistungsaufnahme geachtet werden, bei energieeffizienten Fernsehern liegt sie unter 1 Watt.

Quelle: <http://www.dena.de>

Wider dem Kabelsalat am Fernseher

Umschalt-Boxen eine günstige Lösung

Bei vielen Fernsehern, ob günstig oder teuer, sind die Anschlussmöglichkeiten für weitere Geräte oftmals begrenzt. Ständiges Umstöpseln ist die Folge. Das zehrt nicht nur an den Nerven, sondern ist auch schlecht für Kabel und Buchsen. Um den Kabelsalat am Fernseher in den Griff zu bekommen, sind einfache Umschalt-Boxen eine sinnvolle und preisgünstige Lösung. Das berichtet "GamePro", das plattform-übergreifende Magazin für Videospiele und Mobile Gaming.

Die Technik der so genannten "Switches" ist einfach: Die Nutzer verbinden den Umschalter mit dem Ausgang des Fernsehers und stecken anschließend alle verfügbaren Geräte mit dem entsprechenden Kabel in die zahlreichen Eingänge. Damit sind alle Quellen auf einen einzigen Eingang des Fernsehers weitergeleitet, wobei die Anschlüsse des jeweils genutzten Signalgebers bequem per Fernbedienung erfolgt.

Beim Kauf einer solchen Umschalt-Box, sollten jedoch sowohl bei digitalen als auch analogen Bildsignalen verschiedene Faktoren beachtet werden. So kann es vorkommen, dass günstige HDMI-Umschalter zusätzliche Informationen verschlucken und nur Rohmaterial übertragen. Weiterhin sollten analoge Umschalter und auch die zu verbindenden Kabel stets solide und gut abgeschirmt sein, um Störsignale zu unterbinden.

Eine klare Kaufempfehlung ist laut "GamePro" der äußerst kleine HDMI Video Switch von LogiLink (rund 23 Euro). Das Gerät verfügt über eine intelligente, automatische Umschaltfunktion und leitet das Signal dank eines Verstärkers zuverlässig weiter. Ebenfalls eine gute Wahl ist die teurere PureX-Serie von PureLink (etwa 90 Euro). Sowohl als 3fach- als auch als 5fach-Umschalter machen die Geräte eine solide Figur.

Quelle: <http://www.gamepro.de>

Zahntransplantation

Biologischer Zahnersatz für Kinder, Jugendliche und manche Erwachsene

Zahntransplantationen sind grundsätzlich in jedem Alter möglich. Sinnvoll und vorhersagbar erfolgreich sind sie aber nur innerhalb desselben Individuums sowie bei Kindern und Jugendlichen.

Heute existieren gute wissenschaftliche Informationen über die biologischen Abläufe nach Zahntransplantation. Auch die jeweiligen Risikofaktoren für den Misserfolg sind bekannt und bedingt beeinflussbar. Die Erfolgsraten nach Zahntransplantation müssen sich hinter denen von Implantaten nicht mehr verstecken, zu groß waren der Wissenszugewinn und der Qualitätsschub in den letzten Jahren.

Das Buch „Zahntransplantation,“ von Andreas Filippi beleuchtet die Thematik unter dem Aspekt der aktuellen wissenschaftlichen Literatur und ist eine praktische Anleitung zur Durchführung von Zahntransplantationen - von der Planung bis ins Recall.

Filippi, Andreas

Zahntransplantation

Biologischer Zahnersatz für Kinder, Jugendliche und manche Erwachsene

Erscheinungsjahr: 2009

148 Seiten, 296 farbige Abbildungen

Best.-Nr. 17250

ISBN 978-3-938947-24-1

Quintessenz Verlags GmbH, Berlin

Ladenpreis: € 68,00

Quelle: <http://www.quintessenz.de>

"Zum Dichter wird man geboren, zum Redner wird man gemacht" (Cicero)

In ihrem Buch "Reden macht Leute!", das jetzt in der 3. Auflage im Walhalla Fachverlag erscheint, zeigt die renommierte Rhetorik-Trainerin Gudrun Fey wie man seine ganz individuellen rhetorischen Fähigkeiten entdeckt und gezielt trainiert. Denn entgegen der üblichen Annahme, überzeugende Redner seien Ausnahmetalente, verfügt jeder von uns über eine natürliche Redebegehung.

Mithilfe des durchdachten Trainings lernt man:

- eine positive Einstellung zur freien Rede zu gewinnen
- Lampenfieber in positive Energie umzuwandeln
- Zuhörer zu überzeugen
- Vorträge strategisch klug aufzubauen
- geschickt auf Fragen und Angriffe zu reagieren
- die Signale des Körpers zu nutzen

Fey verdeutlicht in ihrem Trainingsbuch, dass die Kunst der Rhetorik vor allem darin besteht, die eigene Persönlichkeit mit all ihren Stärken geschickt einzusetzen, um beim Zuhörer einen positiven und dauerhaften Eindruck zu hinterlassen. Stimme, Auftreten, Körpersprache und die Kommunikation mit dem Publikum sind ebenso wie der Inhalt des Vortrags wichtige Bausteine einer rundum überzeugenden Rede.

Die Autorin macht zudem auf die kleinen, aber entscheidenden Unterschiede in der Rhetorik von Frauen und Männern aufmerksam. Ob in Mimik, Gestik, Sprechweise oder beim Lampenfieber - Fey rät, sich diese Unterschiede bewusst zu machen und die jeweiligen Stärken für sich zu nutzen. "Reden macht Leute!" ist ein umfassendes Trainingsbuch, das mit kurzweiligem Hintergrundwissen, konkreten Tipps und anschaulichen Beispielen zeigt: Die angeblichen Geheimnisse der freien Rede sind leichter zu durchschauen und anzuwenden, als wir glauben.

Zur Autorin:

Dr. Gudrun Fey hat Philosophie, Linguistik und Betriebswirtschaftslehre studiert. Seit vielen Jahren führt sie erfolgreich Rhetorik- und Kommunikationsseminare für Führungskräfte und Mitarbeiter aus Wirtschaft und Verwaltung durch. Seit 1997 ist sie Geschäftsführerin von study & train - Gesellschaft für Weiterbildung mbH in Stuttgart.

Gudrun Fey
Reden macht Leute!
Vorträge gekonnt vorbereiten und präsentieren
Trainingsbuch zur Rhetorik

3. Auflage
192 Seiten, Paperback
9,95 EUR / 18,60 SFr
978-3-8029-3395-0
WALHALLA Fachverlag, Regensburg, 2009

Quelle: <http://www.WALHALLA.de>

Liebe Leserin, lieber Leser!

Sie gehören zu den interessierten und innovativen Mitmenschen, die sich mit der digitalen Welt angefreundet haben. Genau wie wir vom „med.dent.magazin“.

Wir haben das Experiment gewagt, eine ausschließlich digitale Zahnmediziner-Zeitschrift zu etablieren.

Nach 15 Jahren erfolgreichen Erscheinens und erfreulicher Leserresonanz wechselten wir das Printmedium gegen das Internetmedium aus. Mit vielen Vorteilen für Sie:

Das med.dent.magazin erscheint monatlich.

Das med.dent.magazin ist aktuell.

Das med.dent.magazin ist mit den Autoren, Quellen und Partnern verlinkt.

Bitte geben Sie die <http://www.med-dent-magazin.de> Adresse weiter (dort können sich Interessierte für den ständigen und kostenlosen Bezug einschreiben).

Ich freue mich auf eine weite Verbreitung und ein produktives Networking.

Ihr

Hans-Peter Küchenmeister

I M P R E S S U M

Info:

Sehr geehrte/r Leser/in!

Unser Angebot besteht aus der Zahnmediziner Zeitschrift med.dent.magazin in digitalisierter Form.

Das med.dent.magazin erscheint monatlich im PDF-Format und wird am Monatsanfang per E-Mail versandt.

Um das med.dent.magazin zu abonnieren oder das Abonnement zu kündigen besuchen Sie bitte unsere Web-Site und tragen Sie sich dort auf der Startseite mit ihrer E-Mail-Adresse ein oder aus.

Kontakt:

Redaktion

Hannelore Küchenmeister

Anregungen und Fragen zu Artikeln und redaktionelle Beiträge bitte an:

mailto:postfach@med-dent-magazin.de

Herausgeber

Hans-Peter Küchenmeister
Daldorfer Straße 15
D 24635 Rickling

Tel. +49-(0)4328-722 477

Fax +49-(0)4328-722 478

mailto:postfach@med-dent-magazin.de

web: <http://www.med-dent-magazin.de>

Newsletter

Fragen zum Versand/Abo und Homepage an:

Phillip Kriett

mailto:postfach@med-dent-magazin.de

Archiv/Sonstiges:

Das Archiv befindet sich auf unserer Website. Dort sind die bisherigen Ausgaben zum Download verfügbar.

Den aktuellsten Adobe Acrobat Reader® erhalten Sie hier:



NEU: Sie Suchen zu einem bestimmten Stichwort Artikel in Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang?

Die Lösung finden Sie auf unserer Homepage.

Benötigt wird lediglich der Index zu Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang und eine Acrobat-Reader-Version, die die „Volltextsuche“ unterstützt. Genaueres auf unserer Homepage!